



# GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

---

## Protokoll des Einwohnerrats

---

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

### 3. Sitzung vom 23. September 2024

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.30 Uhr

---

Leitung: Karin Müller (Präsidentin)

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Leon Behrends, Stefan Kaiser, Jonathan Noack, Stephan Siegel,  
Konrad Widmer

Gian Kamber anwesend bis 22.10 Uhr

---

Präsidentin:

Karin Müller

Protokoll:

Linda Gerstner

---

## Begrüssung

*Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP* begrüsst ihre Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Gemeindepräsidentin und die Mitglieder des Gemeinderats ganz herzlich zur heutigen Sitzung. Weiter heisst sie die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Protokollführerin Linda Gerstner und den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, die Vertreter der Medien sowie alle Gäste herzlich willkommen.

## Präsenz

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich Leon Behrends, FDP, Stefan Kaiser, FDP, Jonathan Noack, SP, Stephan Siegel, SVP, und Konrad Widmer, SVP. Damit sind 35 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 18 und das Zweidrittelmehr bei 24.

Leider muss die Präsidentin bereits in der zweiten Sitzung den ersten Rücktritt aus dem Einwohnerrat vermelden. Sie wird Isabelle Amacker am Schluss der Sitzung verabschieden.

## Neue Vorstösse

Nr. 18, Interpellation H. Steffen, SVP: Öffentliche Anlagen Paradiesstrasse/Weinbergstrasse, Hölzlistrasse

Nr. 19, Motion Th. Schwarb, Grüne: Veloroute Leimental in Binningen

Nr. 20, Postulat Th. Haefele, FDP, und C.D. Maier, FDP: RecyPac - Sammlung von Kunststoff-Verpackungen und Getränkekartons

Nr. 21, Interpellation K. Lancashire, FDP: Zusatzbeiträge zu den Ergänzungsleistungen - Kostenentwicklung genauer beleuchten

Nr. 22, Postulat R. Büchelin, SP: Erhöhung der Sicherheit in Binningen

Nr. 23, Dringliches interfraktionelles Postulat: Eigener Anzeiger statt Anschluss an Leimentaler BiBo!

Nr. 24, Dringliche Interpellation S. Hauri, Grüne, und U. Hauri, Grüne: Pausenplatz Dorf

*Präsidentin Karin Müller, SP* informiert, die Dringlichkeit erfordere eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder. Das Zweidrittelmehr liegt heute bei 24.

## Dringliches interfraktionelles Postulat: Eigener Anzeiger statt Anschluss an Leimentaler BiBo!

*Postulant Christoph Daniel Maier, FDP* nimmt die Gelegenheit gerne wahr, um zu diesem Thema «Für Binningen einen eigenen Anzeiger und keinen Anschluss an den Birsigtalboten» kurz Stellung zu nehmen. Es ist für den Zusammenhalt in der Gemeinde Binningen von eminenter Bedeutung, dass es in Binningen ein eigenes Medium gibt, in welchem sich die Gemeinde, die Einwohnenden austauschen können. Dringlich ist das Anliegen, weil der Gemeinderat gesagt hat, er möchte eine Ausschreibung machen, die eine Lösung vorsieht, bei welcher sich Binningen dem Birsigtalboten anschliessen würde. Das heisst, dass Binningen in Zukunft kein eigenes, exklusives Publikationsorgan mehr hätte. In den bisherigen Ausführungen und in den bisherigen Beratungen im Rat kam genau dieser Punkt nicht klar zum Ausdruck. Das hat die Postulanten dazu veranlasst, das Postulat jetzt und in dieser Form einzureichen. Die Dringlichkeit ist gegeben, denn wenn der Vorstoss heute nicht behandelt wird, dann wird der Gemeinderat einfach ausschreiben und zwar eine Lösung, die die Postulanten nicht für die richtige halten.

Der Redner erklärt, es sei wichtig für das Erreichen der Zweidrittelmehrheit, dass die Ratsmitglieder, die sich mit dem Gedanken tragen zu diesem Thema neutral zu bleiben oder sich enthalten möchten, den Saal verlassen. Sonst zählt ihr Stimme als «Nein»-Stimme. Entsprechend möchte er die Anwesenden, die das beabsichtigen bitten, lieber den Saal zu verlassen, wenn sie wirklich neutral bleiben möchten.

Die Präsidentin bestätigt dies. Es gilt das Zweidrittelmehr der anwesenden Ratsmitglieder. Wer sich enthält, stimmt de facto «Nein».

## ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 32 JA / 2 NEIN (Abstimmung 01, vgl. Anhang)

Das für eine dringliche Behandlung benötigte Zweidrittelmehr wurde erreicht.

## BESCHLUSS

---

**:/:** Die dringliche Behandlung des interfraktionellen Postulats: «Eigener Anzeiger statt Anschluss an Leimentaler BiBo!» wird beschlossen.

---

Das dringliche interfraktionelle Postulats: «Eigener Anzeiger statt Anschluss an Leimentaler BiBo!» wird auch inhaltlich passend nach Traktandum 5 als neues Traktandum 6 behandelt.

### **Dringliche Interpellation S. Hauri, Grüne, und U. Hauri, Grüne: Pausenplatz Dorf**

*Interpellant Urs Hauri, Grüne/EVP* tut es leid, dass sie mit dieser Übung so spät gekommen sind. Aber die Interpellanten haben die notwendigen Informationen erst im Verlauf der letzten Woche erhalten. In Anbetracht der Tatsache, dass die Baustelle «Schulcampus Dorf» in den Herbstferien beginnen soll, scheint ihm die Dringlichkeit des Vorstosses gegeben. Die Interpellanten haben letzte Woche erfahren, dass die Eltern sehr schlecht bis gar nicht informiert sind, was die Sicherheit und das Wohlergehen ihrer Kinder in dieser Bauphase betrifft. Es geht um Sicherheit auf der einen Seite, aber auch um den massiv verkleinerte Pausenplatz und Ideen, wie man die Kinder allenfalls trotzdem bewegen kann, wenn sie sich doch vermehrt in dieser Baustelle bewegen müssen.

*Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne* würde sich gerne zur Dringlichkeit äussern. Aus politischer Sicht besteht keine Dringlichkeit bzw. es ist kein politisches Thema. Wichtig ist, dass alle Betroffenen rechtzeitig informiert werden. Das betrifft die Mitarbeitenden, die Schülerinnen und Schüler und die Erziehungsberechtigten, aber auch Anwohnende und Nutzungsvereine. Das wird und wurde bis jetzt sichergestellt. Aus strategisch politischer Sicht besteht kein Handlungsbedarf und daher auch keine Dringlichkeit für die Interpellation. Die Bauarbeiten beginnen nicht nach, wie es in der Interpellation steht, sondern bereits in den Herbstferien. Aufgrund der Einleitung dieser Interpellation könnte der Eindruck entstehen, dass der Wegfall eines Teils des Pausenplatzes eine neue Information ist. Aber das ist nicht der Fall. Der vorgesehene Baustellenablauf entspricht der ursprünglichen Planung. Der Flächenbedarf für die Schule wurde mit der Schule abgesprochen. Es ist unbestritten, dass es für alle Beteiligten, auch für die Kinder und Jugendlichen, zu Einschränkungen während der Bauphase kommen wird, wie dies bei jeder Baustelle der Fall ist. Die Schulleitung hat jedoch im Rahmen der Planung bestätigt, dass sie so genügend Platz haben wird bzw. sich zu helfen weiss z.B. mit flankierenden Massnahmen wie der Nutzung der Turnhalle als Pausenraum.

Zusammenfassend werden neben der standardmässigen Baustellensicherung folgende flankierende Massnahmen geplant: Der Baustellenbereich wird durch Abschränkungen strikt vom Schulbereich getrennt. Für die Anlieferungen zur Baustelle sind feste Sperrzeiten definiert, sodass während den üblichen Schulwegzeiten keine Lastwagenfahrten stattfinden. Die Baustelleinfahrt bei der Curt Goetz-Strasse und die Ausfahrt an der Postgasse sind bewusst so gestaltet, dass es keine rückwärtsfahrenden Lastwagen geben wird, da diese eine besondere Gefahr darstellen. Sowohl bei der Ein- wie bei der Ausfahrt wird zudem ein Sicherheitsdienst eingerichtet. Das gilt insbesondere auch für den Zugang zur Turnhalle, die während der Bauphase weiterhin genutzt wird. Sämtliche Parkplätze an der Curt Goetz-Strasse werden aufgehoben, um den Verkehr zu reduzieren und Suchverkehr zu vermeiden. Die Turnhalle wird der Schule als zusätzlicher Pausenraum zur Verfügung gestellt. Auch die Parkplätze beim

Pestalozzi-Schulhaus werden aufgehoben, um auch hier mehr Platz für die Kinder zu schaffen. Abschliessend möchte die zuständige Gemeinderätin darauf hinweisen, dass die Kinder zwar viel Zeit in der Schule verbringen, die Schule aber nicht der Lebensraum und der einzige Bewegungsraum der Kinder ist. Es gibt in Binningen diverse attraktive Spiel- und Freiräume, die auch während der Bauzeit zur Verfügung stehen. Zahlreiche Sportvereine bieten in den nächsten drei Jahren weiterhin ihre sehr wertvollen Bewegungsangebote an. Alle am Bau Beteiligten haben grosses Interesse, dass es während der gesamten Bauzeit zu keinen Unfällen auf und auch neben der Baustelle kommt. Die Sicherheit geniesst bei allen involvierten Stellen höchste Priorität und der Gemeinderat akzeptiert keine Kompromisse auf Kosten der Sicherheit. Dies einführend zur Dringlichkeit, die nach Ansicht der Votantin nicht gegeben ist.

*Interpellantin Sirin Hauri, Grüne/EVP* möchte nicht im Detail auf die Argumente eingehen. Die Interpellanten haben einfach widersprüchliche Informationen in Bezug auf die Punkte erhalten, die die zuständige Gemeinderätin hier ausgeführt hat. Die Rednerin möchte daher dringlich darüber diskutieren.

#### ABSTIMMUNG

Einstimmig JA (Abstimmung 02)

Das für eine dringliche Behandlung benötigte Zweidrittelmehr wurde erreicht.

#### BESCHLUSS

**://:** Die dringliche Behandlung der Interpellation von S. Hauri, Grüne, und U. Hauri, Grüne: «Pausenplatz Dorf» wird beschlossen.

Die dringliche Interpellation von S. Hauri, Grüne, und U. Hauri, Grüne: «Pausenplatz Dorf» wird vor Di-versa als zusätzliches Traktandum 7 auf die Traktandenliste aufgenommen.

#### Bereinigung der Traktandenliste

**://:** Die Traktandenliste inkl. der neuen, dringlichen Vorstösse wird gutgeheissen.

|                                                                                                                                                                                                                       | Gesch. Nr. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 1. <b>Genehmigung des Protokolls vom 26. August 2024</b>                                                                                                                                                              |            |
| 2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.09.2024<br><b>Planungskredite Aufrechterhaltung Werkhof Standorte Binningen und Erweiterung Sanitätsposten Bruderholzrain</b><br>Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 15         |
| 3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.06.2024<br><b>Reglement zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen - Zwischenbericht nach 5 Jahren</b><br>Geschäftskreisführung: Stephan Appenzeller | 203/XIII   |
| 4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.09.2024<br><b>Gemeindeinitiative Änderung Finanzausgleichsgesetz</b><br>Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi                                                          | 16         |

- |    |                                                                                                                                                                                  |          |
|----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 5. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.09.2024<br><b>Dringliches Postulat GRPK: Ausschreibung des amtlichen Publikationsorgans</b><br>Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 199/XIII |
| 6. | <b>Dringliches interfraktionelles Postulat: Eigener Anzeiger statt Anschluss an Leimentaler BiBo!</b><br>Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi                                | 23       |
| 7. | <b>Dringliche Interpellation S. Hauri, Grüne, und U. Hauri, Grüne: Pausenplatz Dorf</b><br>Geschäftskreisführung: Rahel Bänziger                                                 | 24       |
| 8. | Diversa                                                                                                                                                                          |          |

### Genehmigung des Protokolls vom 26. August 2024

*Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP* informiert, im Büro seien keine Änderungsanträge eingegangen. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

#### BESCHLUSS

---

*://:* Das Protokoll wird genehmigt.

---

## Traktandum 2

Nr. 15

### Planungskredite Aufrechterhaltung Werkhof Standorte Binningen und Erweiterung Sanitätsposten Bruderholzrain

*://:* Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Thomas Schwarb, Grüne/EVP* bedankt sich namens der Grünen/EVP beim Gemeinderat für die vorgelegten Planungskredite und die Machbarkeitsstudie zur Aufrechterhaltung der Werkhofstandorte und zum Sanitätsposten. Der Redner möchte nicht zu lange auf die Vorgeschichte eingehen. Nach Ansicht der Fraktion gilt es Folgendes festzuhalten. Erstens: Das Werkhof-Team leistet eine gute Arbeit. Zweitens: Verschiedene, frühere Gutachten oder Evaluationen haben Optimierungspotenzial beim Werkhof aufgezeigt. Mit der Umsetzung dieses Optimierungspotenzials wurde dem Werkhof attestiert, dass seine Leistungen im Vergleich effizient und günstig erbracht werden und sinnvoll sind. Wer je vor Ort war stellt unbestreitbar fest, dass je länger je mehr dringender Handlungsbedarf in Sachen Sicherheit, Arbeitsorganisation und Arbeitsplatzgestaltung besteht. Das letzte Projekt zur räumlichen Zusammenlegung des Werkhofs hätte diese Probleme gelöst und nochmals einen Effizienzgewinn erbracht. Das war aber bekanntlich nicht realisierbar.

Aufgrund der Ergebnisse der Volksabstimmungen und der beschriebenen Sachlage ist die Vorlage des Gemeinderates eigentlich nachvollziehbar. Der Einwohnerrat könnte die Planungskredite also direkt genehmigen und die Verwaltung weiterarbeiten lassen. Die Volksabstimmungen über die beiden letzten Projekte haben aber gezeigt, dass es sich um ein ausgesprochen sensibles Projekt handelt, welches zunehmend sensibler wird. Diese Situation führt nach Ansicht der Grünen/EVP dazu, dass die weiteren Schritte möglichst breit abgestützt erfolgen müssen, auch der erste Schritt des Planungskredits. Dies auch, weil man am Anfang einer neuen Legislatur steht mit vielen neuen Ratsmitgliedern, die in die früheren Diskussionen nicht derart vertieft involviert waren. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sind aber bei den kommenden Abstimmungen wichtige Botschafter/innen und daher ist es wichtig, dass man sie an Bord holt. Die Grünen/EVP stehen den Planungskrediten positiv gegenüber, erachten es aber als sinnvoll, die Vorlage in die BPK zu überweisen. So können auch Fragen, die mit dem Planungskredit bereits vorentschieden werden wie «Ist die gewählte Variante wirklich gut?» und gewisse technische Fragen noch einmal vertieft abgeklärt und der Entscheid besser abgestützt werden. Die Fraktion beantragt daher die Überweisung in die BPK.

*Rahel Amacker, Mitte/GLP* teilt mit, der Werkhof leiste einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Gemeinde. Alle Anwesenden wissen, dass der Binninger Werkhof sowohl baulich wie auch betrieblich seit Jahren nicht mehr den Anforderungen eines modernen Betriebs und zeitgemässen Arbeitsplatzes für die Mitarbeitenden entspricht. Nach zwei gescheiterten Volksabstimmungen muss dieser Sanierungsbedarf nun endlich, zeitnah angegangen werden. Das soll mit geeigneten Massnahmen an drei der insgesamt vier bestehenden Standorten umgesetzt werden, um die baulichen Mängel zu beheben, die Betriebsabläufe wieder zu erleichtern und die Sicherheit zu verbessern. In diesem Zusammenhang dankt die Mitte/GLP dem Gemeinderat für die Machbarkeitsstudie, die aufzeigt, mit welchen Massnahmen der Betrieb am heutigen Standort für die nächsten rund 10 bis 15 Jahren sichergestellt werden kann. Langfristig ist aber klar, dass es eine andere Lösung braucht. Die Fraktion unterstützt auch die Erweiterung des Sanitätspostens Bruderholzrain sowie eine parallele Bearbeitung der beiden Projekte. Sie wird daher für die Investitionsausgabe für die Erstellung eines Vorprojekts plus für die Aufrechterhaltung der Werkhof Standorte Binningen und eine Erweiterung des Sanitätspostens Bruderholzrain stimmen. Einer Überweisung des Geschäfts in die BPK steht die Mitte/GLP kritisch gegenüber, da sie darin keinen wirklichen Nutzen, sondern lediglich weitere Zeitverzögerungen sehen. Das möchten sie nicht. Sie möchten möglichst bald wieder einen sicheren und effizienten Werkhofbetrieb in Binningen.

*Roman Oberli, SVP* legt dar, als Fleischesser habe er Salami eigentlich gerne, aber diese hier schmecke ihm nicht. Er findet, wenn man sich die Vorlage anschau, komme einem ziemlich bald einmal die Salami-Taktik in den Sinn. Vor etwas mehr als einem Jahr hat das Stimmvolk eine Verlagerung des Werkhofs an den Friedhof an der Urne abgelehnt. Nun kommt ein Vorschlag, der einen Ausbau an eben diesem Standort möchte. Auf den ersten Blick tönt die Synergie mit dem Sanitätsposten gut. Bei genauerem Hinschauen stellt sich aber die Frage, warum das Problem erst jetzt behandelt wird und nicht bereits in die Planung des Dorfcampus einbezogen wurde. Auch gewisse Argumente im Bericht scheinen dem Redner zurecht gewürfelt. So wurde die Erreichbarkeit des Birkenwegs mit dem ÖV als genügend beurteilt. Beim Friedhof hingegen, wo es einen längeren Gehweg zur nächsten Haltestelle gibt, gilt sie als gut. Das macht seines Erachtens keinen Sinn.

Die Argumente gegen den Betrieb des Birkenwegs scheinen ihm generell etwas gesucht. Das Gewächshaus sei zu gross. Ja, wieso ist es denn zu gross? Es wurde ja früher einmal gebraucht. Ausserdem könnte man es auch einfach umfunktionieren. Dieser Aufhänger ist aber ein guter Ausgangspunkt für die Überweisung in die BPK, die die SVP unterstützt. Es soll dort insbesondere geprüft werden, welche Aufgaben des Werkhofs man an das Binninger Gewerbe auslagern könnte. So könnte man einerseits Platz sparen und andererseits das Gewerbe unterstützen. Ausserdem hat die Fraktion das Gefühl, mit dem Projekt sollen erste Fakten geschaffen werden für ein Durchzwängen des Standorts Friedhof. Darauf lassen neben den Plänen, die ein wenig an das Werkhofprojekt erinnern, auch Ideen wie die Mauer aus Natursteinen schliessen, die wieder eine Luxuslösung darstellen. Die SVP unterstützt daher die Überweisung des Geschäfts in die BPK.

*Lewin Lempert, SP* stellt klar, wer schon einmal auf dem Werkhofareal an der Parkstrasse war, der oder die weiss, die Situation ist gravierend. Man kann es seines Erachtens wirklich nicht anders formulieren. Für eine Gemeinde wie Binningen, die eigentlich genügend Geld hätte, ist dieser Standort, sind die baulichen Voraussetzungen für die Mitarbeitenden eine Schande. Die Sanitätsanlagen sind inexistent. Die Sicherheit ist nicht mehr gewährleistet. Es gibt Risse in der Decke. Die Deckenlast ist maximal überschritten und Unterkünfte, die in Einklang mit einem zeitgemässen Arbeiten im Dienst der Gesellschaft stehen, sind auch nicht vorhanden. Der Standort Birkenweg ist ebenfalls, das zeigt der Text des Gemeinderats gut auf, nicht mehr zeitgemäss und gefährlich für Kinder. Wenn der Redner nun von Roman Oberli hört, dies sei alles nicht gut und man müsse nochmals ganz neu denken, fragt er sich, was denn der Vorschlag der SVP für einen funktionierenden Werkhof in dieser Gemeinde im Dienst der Menschen und im Dienst der Mitarbeitenden ist.

Es scheint ihm wichtig, eine lösungsorientierte Politik zu betreiben und das zu machen, was die Gemeinde vorwärtsbringt. Er fragt sich bei den Voten schon: Waren die Leute, die gegen eine Sanierung der Anlagen sind schon einmal im Werkhof an der Parkstrasse vor Ort? Er glaubt es nicht. Der Plan wird dann beim Punkt ersichtlich – von wegen Salamtaktik –, wo Leistungen abgebaut werden sollen. Das ist der eigentliche Plan hinter allem. Es wird Projekt, um Projekt, um Projekt, um Projekt bekämpft, bis man an dem Punkt ist, wo man staatliche Leistungen an Private auslagern oder eben ganz streichen kann. Hier findet der Votant müsse man ganz klar sagen, dass das vorliegende Geschäft auf einer Machbarkeitsstudie basiert. Es ist sinnvoll, es ist verständlich, es ist vernünftig. Natürlich muss man nun zusammenarbeiten. Man muss alle an Bord holen für ein neues Werkhof-Projekt im Dienst der Gemeinde. Aber er ist der Meinung, zuerst müsse man den Gemeinderat arbeiten lassen. Es braucht ein konkretes Projekt. Dieses kann dann in der BPK von vorne bis hinten mit allen Möglichkeiten und Alternativen diskutieren werden. Aber von vornherein darauf aus zu sein, Leistungen im Dienst des Gemeindewohls abzubauen, findet er falsch.

*Christoph Daniel Maier, FDP* erläutert, der Gemeinderat lege dem Einwohnerrat mit seinem Bericht einen Antrag auf Planungskredite zur Aufrechterhaltung der Werkhof Standorte Binningen und zur Erweiterung des Sanitätspostens Bruderholzrain zur Behandlung an der heutigen Sitzung vor. Dieser Bericht wirft doch noch einige Fragen auf, die nach Ansicht seiner Fraktion am besten in der Bau- und Planungskommission abgehandelt bzw. geklärt werden könnten. Grundsätzlich ist es aber so: Der Einwohnerrat hat verschiedentlich gewünscht, dass er frühzeitig in den Planungsprozess einbezogen wird. Nicht zuletzt die von diesem Rat beschlossene Immobilienkommission wurde vom Einwohnerrat nicht nur deshalb vorgeschlagen, weil man mehr in diesen Bereich hineinsehen wollte, sondern vor allem, weil man es als effizient betrachtet, wenn der politische Prozess an einem möglichst frühen Stand der Planung Einfluss nehmen kann. Wenn die unterschiedlichen Interessengruppen ihre Meinungen einbringen können und in diesem Sinn auch vermieden werden kann, dass man teure Planungsprozesse anstösst und Projektprozesse durchzieht, die dann am Schluss vor dem Volk keine Chance haben bzw. vom Volk abgelehnt werden.

Der Redner fände es sehr ungeschickt, wenn man nach zwei Anläufen nun wieder in die gleiche Richtung vorwärts machen würde. Was der Einwohnerrat seines Erachtens klar zum Ausdruck gebracht hat, dass man eine frühe Mitsprache möchte, ist nicht einfach etwas vorgelegt zu erhalten, zu dem man dann zustimmen kann. Sondern hier kommt zum Ausdruck, dass man gestaltend und – an Lewin Lempert antwortend – lösungsorientiert, eine austarierte Lösung finden möchte, wie man die nicht zu negierenden Probleme im vorliegenden Geschäft im Bereich der Sicherheit, der Arbeitseffizienz, der Abläufe und durchaus auch im Bereich einer anstehenden Gebäudesanierung lösen kann. Es macht keinen Sinn, weiter in das alte Fahrwasser zu gehen, was zwar scheinbar effizient ist, indem man einfach schnell einen Planungskredit in einer bestimmten Richtung vorgibt, wo man sich aber möglicherweise wieder verirrt, weil man im entscheidenden Augenblick das Feedback der Politik nicht abgeholt hat. Es wäre seines Erachtens eine verpasste Chance. Der Votant findet es auch grundsätzlich falsch, dass man die Politik nicht früher involviert. Eine Überweisung in die BPK ist genau der Weg, um dieses Feedback abholen zu können. Ein Projekt, ein Planungskredit – ja, nur ein Planungskredit – könnte dann viel besser abgestützt sein, weil er in diesem Fall eine abgestimmte Richtung in die Zukunft weist.

Der Votant hat es eingangs gesagt. Es geht hier nicht nur um den Werkhof, sondern es kommt ein Kombi-Geschäft daher. Gleichzeitig soll hier, aus Effizienzgründen nachvollziehbar, ein Planungskredit für die Erweiterung des Sanitätspostens Bruderholzrain geplant werden. Dieser Sanitätsposten wird einzig und alleine aus einem Grund notwendig. Der Sanitätsposten am bisherigen Standort wird abgerissen und hätte eigentlich auch gleich im neuen Schulhaus Dorf erstellt werden müssen. Es ist nicht ganz nachvollziehbar und wurde in diesem Rat auch nie transparent dargelegt, warum es in diesem Neubau keinen Platz für einen Sanitätsposten hat oder wer entschieden hat, dass es keinen Platz für diesen Sanitätsposten haben soll und warum man jetzt Grössenordnung eine Million Franken aufwenden muss, um an einem neuen Standort einen Sanitätsposten zu bauen. Wäre es nicht günstiger gewesen, dies im

Schulhaus Dorf mitunterzubringen, wo man sowieso schon Schutzräume baut? Er hat hier etwas das Gefühl, und das ist ein zweites Thema, dass der Einwohnerrat an der Nase herumgeführt wurde, denn das Thema wurde nicht transparent gemacht in diesem Rat bei der Bewilligung des Baukredits Schulhaus Dorf. Wurden da Kosten aus dem Kredit rausgenommen, damit das grosse Projekt etwas leichter daherkommt? Wurden die Kosten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, obwohl man genau wusste, dass der Kanton verlangen wird, dass der Sanitätsposten wieder an einem Ort in der Gemeinde erstellt werden muss? Der Redner hätte einige weitere Fragen, die er nur mit einer Verlängerung der Redezeit stellen könnte. Er bittet darum, noch zwei Minuten reden zu dürfen.

Die Präsidentin stimmt der Redezeitverlängerung zu.

*Christoph Daniel Maier, FDP* findet am vorgelegten Planungskredit stossend, dass neben dem bisherigen Standort auch noch ein neuer Standort gemacht werden soll. So soll neben der Aufbahrungshalle beim Friedhof, neben dem Schutzraum am ganz anderen Ende des Friedhofs eine Garage gebaut werden. Er stellt bereits hier im Saal die Frage: Wie kann es sein, dass man in einer Gemeinde mit derart vielen Einstellhallenplätzen, wo es in der Wassergrabenstrasse genügend Platz für Gemeindefahrzeuge hätte, in diesem Projekt in der Planung nichts Besseres weiss, als weitere Unterstellplätze zu erstellen? Er möchte wirklich gerne von der Bau- und Planungskommission untersucht wissen, warum das notwendig ist. Ein weiterer Punkt ist die bisherige Wertstoffsammelstelle beim jetzigen Werkhof. Er fände es sinnvoll, wenn man versuchen würde diese freizuspielen, damit man an diesem Ort neuen Platz bekäme, um vielleicht dort ein Provisorium bis zu einem neuen Werkhof zu erreichen und eine attraktivere Wertstoffsammelstelle für die Gemeinde an einem privaten oder an einem öffentlichen Ort innerhalb der Gemeinde zu finden. Diese Wertstoffsammelstelle ist ein Thema, das bereits beim letzten Werkhofprojekt ausgeklammert wurde. Der Gemeinderat hat dem Parlament bis heute keine neue Lösung für eine zentrale Wertstoffsammelstelle präsentiert. Auch dieser Punkt möchte er sehr gerne durch die BPK abklären lassen und hätte natürlich auch gerne vom Gemeinderat gehört, in welche Richtung hier die langfristigeren Planungen gehen. Der Votant entschuldigt sich dafür, dass er so lange geworden ist. Er bittet um Verständnis, da das Geschäft doch einige Fragen aufgeworfen hat.

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* muss ehrlich sagen, sie ist etwas erstaunt. Grundsätzlich ist es möglich, wenn man konkrete Fragen zu einem Geschäft hat, diese vorgängig einzureichen. Man kann sie aber auch an der Sitzung stellen und dann alle verwirren und damit eine Überweisung in eine Kommission erzwingen. Das findet sie persönlich kein sehr redliches Vorgehen. Dass der Werkhof dringend saniert werden muss, ist nicht neu. Das hat der Gemeinderat im Zusammenhang mit der Werkhofvorlage mehrfach in aller Deutlichkeit mitgeteilt. Es wurde auch erklärt, dass der Birkenweg nicht sanierbar ist. Auch das wurde längst kommuniziert. Das ist keine neue Information. Was man hier macht, ist nichts anderes als das, was im Zusammenhang mit der Werkhofvorlage angekündigt wurde: Wenn der Kredit für den Neubau abgelehnt wird, dann müssen dringendste Massnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit zu gewährleisten und den Betrieb aufrecht zu erhalten. Und gewisse Standorte können nicht mehr weiterbetrieben werden. Dafür gibt es den Planungskredit. Wenn man die weiteren Abklärungen machen konnte, dann kann der Einwohnerrat das Geschäft selbstverständlich in die Bau- und Planungskommission überweisen und dann im Detail anschauen. Aber jetzt schon, bevor man überhaupt in die Planung geht, anzufangen über Details zu diskutieren, findet sie etwas schwierig.

Der Gemeinderat ist sich der Tragweite des Entscheids bewusst. Hinsichtlich dem Votum, die Politik müsse früher einbezogen werden, weist die Votantin darauf hin, dass auch der Gemeinderat Teil der Politik ist. Das möchte sie nochmals festhalten. Die Mitglieder des Gemeinderats wohnen auch in dieser Gemeinde und sind auch in einer politischen Partei verankert. Sie wissen, dass es nicht einfach ist so etwas zu machen und machen es auch nicht leichtsinnig. Aber der Gemeinderat kann sich keine Flächen aus den Rippen schnitzen, wo er den Werkhof hinstellen kann. Die Flächen sind beschränkt. Auch das wurde in der letzten Vorlage mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck gebracht. Wenn man nun sagt, man könne in der BPK auch schauen, welche Aufgaben man allenfalls auslagern könnte, dann muss sie

nochmals auf das hinweisen, was auch bereits beim letzten Mal gesagt wurde. Auslagern von Werkhofleistungen ist langfristig für die Gemeinde nicht günstiger. Sonst hätten es nämlich viele Gemeinden bereits gemacht. Die Idee, dass man ein Baugeschäft in Binningen – sie fügt an, es gebe ja etwa zehn, die man engagieren könnte – engagieren könnte, welches diese Aufgaben wahrnimmt, ist einfach unrealistisch. Wenn man dann ein Baugeschäft aus einer Nachbar- oder nicht gerade Nachbargemeinde nimmt, dann wartet man halt bis sie morgens da sind, um den Strassendienst im Winter zu erledigen, um irgendwelche Sachen zu reparieren, wenn sie kaputt sind etc. Auslagern ist keine wahnsinnig gute Idee, daher hat es bisher noch niemand gemacht.

In Bezug auf das Argument, es gebe viele neue Mitglieder im Einwohnerrat, welche man einbeziehen und auf den Stand bringen müsse, den man halt in vielen Geschäften schon hatte und daher müsse man das Geschäft in die Kommission überweisen, muss die Gemeindepräsidentin ehrlicherweise sagen, wenn man so arbeitet, muss man jedes Mal wenn neue Mitglieder kommen wieder neu anfangen. Man darf irgendwo auch darauf aufbauen, dass sich die Leute einlesen, in das was bereits passiert ist. Das ist im Gemeinderat auch nicht anders. Man kann nicht sagen, nur weil es viele Neue hat, muss das Geschäft in eine Kommission geschickt werden, wo wieder jede einzelne Frage abgeklärt werden kann. Die Rednerin kann die hunderttausend Fragen von Christoph Maier auf die Schnelle nicht beantworten. Gemeinderat Marc Schinzel kann vielleicht noch etwas zum Sanitätsposten sagen. Auch das ist keine neue Information. Sie bittet die Ratsmitglieder dringend das Geschäft nicht in die BPK zu überweisen. Dort verliert man nur wieder Zeit und das Ganze wird zerredet bis man am Schluss wiederum keine Lösung hat für den dringenden Sanierungsbedarf in diesem Werkhof.

*Gemeinderat Marc Schinzel, FDP* erklärt, er sei erst seit dem 1. Juli Mitglied des Gemeinderats und war in diesem Sinn auch nicht in die Planung des Schulcampus Dorf involviert, auch nicht in der BPK. Was er aber sagen kann, und er wird sich vor allem zur Sicherheit äussern: Er war als es um die Werkhofabstimmung ging im Einwohnerrat auf der Seite derer, die sagten: «Nein, das Projekt beim Friedhof möchten wir nicht.». Diese Seite hat damals obsiegt. Es wurde aber seines Erachtens schon zu diesem Zeitpunkt immer gesagt, dass man mit dem Bekenntnis, dass man das Projekt an diesem Standort nicht möchte, bei den jetzigen Standorten eine Ertüchtigung vornehmen muss. Es war immer ganz klar, dass diese in Punkto Arbeitsplatzsicherheit nicht mehr dem Zustand entsprechen wie es state of the art ist, aber auch nicht mehr dem Minimalstandard, der das Arbeitsgesetz vorschreibt. Man ist dort wirklich in einem Bereich, das wird auch in der Machbarkeitsstudie gesagt, wo man rechtliche Vorschriften nicht mehr einhalten kann. Das gilt für den Standort Parkstrasse. Das gilt aber insbesondere auch für den Standort der Gärtnerei am Birkenweg. Beim Standort der Gärtnerei am Birkenweg ist es desolat, das sieht man auch, und ein weiteres Problem ist die Schulwegsicherheit. Der Votant war Schulratspräsident und hat das Amt mit seinem Antritt als Gemeinderat abgegeben. Wer dort vorbei geht sieht, dass die Zufahrt sehr eng ist und eigentlich ungeeignet für Fahrzeuge des Werkhofs, die dort durch müssen. Es ist eine Privatstrasse für Anlieger, wenn man so möchte.

Wichtig ist in Sachen Sicherheit auch der Sanitätsposten. Der Sanitätsposten ist der bisherigen Turnhalle zugewiesen, welche abgerissen wird. Der Sanitätsposten ist dort lokalisiert. Dass diese Turnhalle abgerissen wird, war immer klar. Was bei der Planung nicht klar war, was man damals nicht wusste und nie so gesagt wurde ist, ob dieser Sanitätsposten ersetzt werden muss. Heute hat man die Klarheit. Es kam eine ganz klare Auflage des Bundes resp. des Kantons, der es umsetzt, die besagt, wenn der Sanitätsposten dort nicht mehr ist, muss er ersetzt werden. Der Votant sieht die Überlegungen des Einwohnerrats. Man muss aber sehen, dass man in Sachen Sicherheit ganz konkrete Probleme hat. Bei der Arbeitssicherheit einerseits und beim Sanitätsposten. Als zuständiger Ressort-Verantwortlicher Sicherheit ist es für ihn wichtig, dass man dort ganz klar sagen kann, dass der Sanitätsposten ersetzt wird. Man kann nicht einfach nichts machen. Es gibt den Sanitätsposten Meiriacker und Spiegelfeld. Es muss ein Sanitätsposten im Bereich Dorf geben. Mit der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Lösung könnte dies sichergestellt werden. Die Vorlage selbst kann man dann in der BPK behandeln, wenn der Projektkredit vorliegt. Aber in Sachen Sicherheit muss man etwas machen.

*Roman Oberli, SVP* ist der Meinung, jetzt sei der Zeitpunkt, eine Auslegeordnung zu machen. Man muss nicht zuerst Geld verschwenden für Machbarkeitsstudien, die anschliessend wieder keine Chance haben. Nur weil man einen Schritt zurück macht aus der Einbahnstrasse und dann wieder hineingeht, ist es danach nicht weniger strafbar. Die nächste Busse wird dann einfach wieder an der Urne folgen in Form eines weiteren «Nein». Es ist unbestritten, dass in der Parkstrasse etwas gemacht werden muss. Aber genau hier zeigt sich die Chance, dass man zumindest temporär Räumlichkeiten entlasten könnte, indem man Sachen auslagert, um die Situation dort zu verbessern bis man eine Lösung gefunden hat. Daher ist die Überweisung in die BPK aus seiner Sicht sinnvoll.

*Lewin Lempert, SP* hat nur eine Frage. Wie lautet der Überweisungsantrag in die BPK? Er würde sich für den Wortlaut des Antrags interessieren mit den konkreten Aufträgen, die genannt wurden. Oder ist das nicht ausgeführt?

*Präsidentin Karin Müller, SP* teilt mit, sie könne den Wortlaut des Antrags nachher vorlesen.

*Daniel Setz, FDP* war in der letzten Legislaturperiode Mitglied der Bau- und Planungskommission. Seines Erachtens gibt es schon ein paar Sachen, die im Rat vermutlich nicht so bekannt sind. Das eine ist, dass es als man über den Campus gesprochen hat hiess: Wenn der Campus steht, dann braucht es das Provisorium am Birkenweg nicht mehr. Das Thema, wieso es am Birkenweg weg muss ist aufgrund des Verkehrs der Jugendlichen und Kinder, die dort zur Schule gehen. Diese Thematik wird sich ja anscheinend lösen, ausser es gibt gewisse Informationen, denen sich der Rat hier nicht bewusst ist. Die BPK war sich auch bewusst, falls der Werkhofneubau am Friedhof abgelehnt wird, dann muss dringendst etwas gemacht werden in Bezug auf die Sicherheit. Die Kommission hat auch eine Lösung aufgezeigt. Diese Lösung ist in diesem Planungskredit nicht mehr vorhanden. Der Redner ist der Ansicht, zweimal Nein an der Urne erfordere, dass man beim dritten Mal eine Lösung bringt, hinter der das Volk stehen kann. Einfach eine langsame Verlegung, das Ignorieren des Volkswillens, dass man nun anfängt, gewisse Sachen an den Friedhof zu verlegen, wird von der Bevölkerung nicht goutiert werden. Daher plädiert er dafür von vorne zu beginnen, eine Auslegeordnung zu machen wie es Thomas Schwarb vorgeschlagen hat. Damit eine gute Lösung für Binningen gefunden werden kann und nicht schnell, schnell ein Schnellschuss, um dann vielleicht wieder vor zerbrochenen Gläsern zu stehen.

*Christoph Daniel Maier, FDP* möchte ganz kurz etwas klarstellen, bevor es ihm nochmals um die Ohren fliegt. Seine Fraktion unterstützt jede Massnahme zur Erhöhung der Sicherheit am bestehenden Werkhof. Einfach damit es auch zu Protokoll gegeben ist. 1,5 Mio. Franken hat die BPK bei der letzten Beurteilung für dies veranschlagt. Warum der Gemeinderat nicht einfach mit diesem Geschäft pur und simpel vorwärtsgekommen ist, sondern es so vollpackt, versteht der Redner nicht. An Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi gerichtet äussert er, dies sei für ihn nicht redlich.

*Hubert Steffen, SVP* kommt nochmals auf den Punkt Sicherheit zu sprechen. Beim Bruderholzrain gibt es auch eine Schule, die überquert werden muss. Die Strasse sind dort dermassen verengt, wenn Lastwagen etc. hoch und runterfahren. Zum einen ist unten beim Übergang eine Lichtsignalanlage. Es gibt einen riesigen Stau dort hoch und zum anderen sind die Wege sehr eng. Daher ist dort aus seiner Sicht auch ein Sicherheitsaspekt vorhanden, den man nicht vergessen darf.

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* äussert, 1,5 Mio. Franken habe die BPK für die dringendste Sanierung des Werkhofs vorgesehen. Das hätte der Gemeinderat eins zu eins so umsetzen können. So plus minus wurde das vorhin erwähnt. Aber so einfach ist es eben nicht. Der Gemeinderat kann nicht einfach sagen: «Vielen Dank, wir nehmen die 1,5 Mio. Franken.». Dafür braucht es eine Planung und das ist genau das, was der Gemeinderat machen möchte. Man kann nicht einfach nur sagen: «Wir sehen, dies ist plus minus der Bedarf und jetzt macht.». Es braucht für alles eine Planung und das ist das, was der Gemeinderat hier machen möchte.

*Thomas Schwarb, Grüne/EVP* hätte eine Empfehlung für das weitere Vorgehen. Sein Antrag umfasst nur die Überweisung in die BPK und keinen Auftrag. Sein Vorschlag wäre, falls der Überweisung zugestimmt wird, anschliessend ein Timeout zu machen, damit die Fraktionspräsidien rasch zusammenstehen können, um eine Formulierung für einen Auftrag niederzuschreiben.

*Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP* weist darauf hin, dass den Personen, die eine Überweisung in eine Kommission möchten, eigentlich vorher klar sein sollte, was sie der Kommission für einen Auftrag geben möchten. Sie findet dieses Vorgehen daher nicht wirklich zielführend und möchte eigentlich auch nicht so vorgehen. Sie wird nun über den Antrag auf Überweisung des Geschäfts in die BPK abstimmen lassen. Danach kann immer noch weiter diskutiert werden.

#### ABSTIMMUNG

Die Präsidentin liest den Antrag vor: «Der Einwohnerrat überweist die Planungskredite Aufrechterhaltung Werkhof Standorte Binningen und Erweiterung Sanitätsposten Bruderholzrain an die Bau- und Planungskommission.».

Überweisung in BPK: 14 JA / 18 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 03)

://: Die Überweisung des Geschäfts in die Bau- und Planungskommission wird abgelehnt.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Nina Eldridge, Mitte/GLP* ist sehr froh, dass das Geschäft nicht in die BPK überwiesen wurde. Es wurde bereits recht lange darüber diskutiert. Sie ist eine der Neuen, die ja scheinbar noch nicht verstehen, was hier läuft, da sie neu im Rat sind. Aber manchmal hat sie auch das Gefühl, es wird lange an alten Zöpfen festgehalten. Es kam das Votum, dass in der BPK noch keine gute Lösung ausgehandelt wurde, wie der Werkhof aufgebaut werden soll. Ob eine neue, bessere Lösung kommt, weiss man nicht. Vielleicht ist es auch gut, den Planungskredit einmal so zu überweisen wie er ist. Es ist kein Neubau. Es geht einfach um die Sicherheit und darum, die sanierungsbedürftigen Gebäude so in Stand zu setzen, dass man dort arbeiten kann. Das ist ihrer Ansicht nach das, was man von der Gemeinde erwarten kann.

*Hubert Steffen, SVP* ist es ein Bedürfnis zu erwähnen, dass ihm beim Schulcampus Dorf eine vorausschauende Planung fehlt. Man wusste, dass dort ein Sanitätszimmer ist, welches abgerissen wird. Dass man bei einem 50 Mio. Franken Bau keinen Platz für ein Sanitätszimmer hat, ist für den Redner unglaublich und nicht nachvollziehbar. Dass man für den Planungskredit dieses Sanitätspostens wiederum 60 000 Franken zum Fenster hinauswirft, entbehrt ihm jeglicher Grundlage.

#### ABSTIMMUNG

Antrag 1: Kenntnisnahme.

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Machbarkeitsstudien «Aufrechterhaltung Werkhofstandorte Binningen» und «Sanitätsposten Bruderholzrain».

---

Antrag 2: Bewilligung Investitionsausgabe: 18 JA / 14 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 04)

://: 2. Der Einwohnerrat bewilligt eine Investitionsausgabe von CHF 190 000 inkl. MwSt. mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent für die Erstellung eines Vorprojekt Plus für die Aufrechterhaltung Werkhof Standorte Binningen und Erweiterung Sanitätsposten Bruderholzrain.

---

*Roman Oberli, SVP* hätte gehofft, dass eine Überweisung in die BPK eine saubere Lösung gewesen wäre. Seine Fraktion findet, es ist eine eklatante Missachtung des Volkswillens. Klar, es gibt Handlungsbedarf. Aber es gibt ihrer Ansicht nach andere Möglichkeiten. Deshalb stellt die SVP gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats § 47a Antrag auf ein Behördenreferendum.

*Präsidentin Karin Müller, SP* informiert, der Einwohnerrat werde nun über das Behördenreferendum abstimmen. Das Behördenreferendum benötigt die Zustimmung von einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder.

*Christoph Daniel Maier, FDP* führt aus, seine Fraktion finde das Behördenreferendum sei ein Mittel «of last resort» und es gefalle dem Redner eigentlich nicht. Er hätte viel lieber die Möglichkeit erhalten, wie vorhin dargestellt, dass man das Geschäft in diesem Rat beraten und alle Fragen hätte klären können. Wenn es allerdings nicht anders geht, würde die FDP das Behördenreferendum unterstützen.

*Gaida Löhr, SP* bezieht sich auf das Votum ihres Vorredners. Das Geschäft kann hier beraten werden. Der Rat ist auch bereits daran. In diesem Sinn findet sie nicht, dass hier die Demokratie ausgehebelt wurde und man jetzt das letzte Mittel des Behördenreferendums ergreifen muss. Der Einwohnerrat ist durchaus in der Lage, dies jetzt zu diskutieren. Sie fände das Behördenreferendum keine gute Idee.

*Lewin Lempert, SP* möchte an das Wahre der Relationen appellieren. Zweimal wurde ein Werkhofprojekt vom Volk abgelehnt. Das gilt es zu akzeptieren. Man weiss aber schon lange, dass man gravierende Probleme auf diesen Arealen hat, äusserst gravierende. Wer schon einmal dort war, der oder die weiss, dass der Werkhof nicht mehr zeitgemäss ist. Den Mitarbeitenden, die sich Tag für Tag für die Gemeinde ins Zeug legen, ist dies nicht mehr zuzumuten. Darum ist es seines Erachtens richtig, dass man versucht vorwärts zu machen. Es gibt Kräfte in dieser Gemeinde, die lösungsorientiert seit Jahren daran arbeiten, in einem schwierigen Feld / in einem schwierigen Geschäft Möglichkeiten zu erarbeiten, die im Sinn der Gemeinde sind und Projekt um Projekt diskutieren. Was heute vorliegt, basiert auf einer Machbarkeitsstudie. Die Machbarkeitsstudie findet er sehr, sehr gut. Sie zeigt sehr gut auf, wie man mit einem beschränkten Budget das Beste herausholen kann in den nächsten 10 bis 15 Jahren.

Der Votant ist sich sicher, dass das Geschäft vom Volk mit sehr grossem Mehr angenommen werden würde, weil auch die Bevölkerung möchte, dass die Strassen jeden Tag gereinigt werden, die Grünabfuhr funktioniert und es eine Signalisation in der Gemeinde gibt. Man kann darüber abstimmen, aber es geht um 190 000 Franken Planungskredit, damit man ein Geschäft erarbeiten kann, über welches man nachher in Kenntnis der Materie diskutieren kann. Pro und Contra. Was vorhin passiert ist, ist ein in den Raum stellen vieler Thesen und Gedanken, aber keine Debatte in Kenntnis der Materie. Er würde dafür plädieren, darauf zu warten bis man weiss, was man diskutiert. Noch ein weiterer Punkt: Der Redner findet, man könnte ja auch ankündigen, dass man ein Behördenreferendum ergreifen will, bevor man jetzt seit bald einer Stunde darüber diskutiert. Aber nein, es wird wieder hinterrücks in letzter Sekunde gemacht. Im Geschäft Werkhof muss man vorwärtskommen, denn am Ende des Tages geht es auf Kosten der Bevölkerung, der Mitarbeitenden und der Sicherheit.

Die Präsidentin schlägt auf Vorschlag der Gemeindepräsidentin ein Timeout von 10 Minuten vor, damit sich die Fraktionen unterhalten können.

TIMEOUT

*Christoph Daniel Maier, FDP* führt aus, in diesem kurzen Timeout seien zwei unterschiedliche Ansätze für eine Lösung diskutiert worden. Die eine Lösung ist, dass der Gemeinderat das Geschäft noch einmal zurücknimmt und in veränderter Form wieder vorlegt. Die zweite Lösung ist, dass man heute, wenn man dies schafft, den Planungskredit in vier Teile aufgliedern würde, sodass über die einzelnen Sanierungsprojekte separat abgestimmt werden kann. Er darf zum Hintergrund sagen, dass durch alle Fraktionen hindurch breite Einigkeit herrscht, dass der Werkhof an der Parkstrasse saniert werden muss. Dem will man in keiner Weise im Weg stehen und möchte, dass dies möglichst schnell auf den Weg kommt. Alles andere ist weniger dringend. Man muss es natürlich auch an die Hand nehmen und planen, aber dafür sollte die gewünschte Mitsprache gewährleistet werden. Er weiss nicht und wartet vielleicht noch auf den Input des Gemeinderats, inwiefern dies an der heutigen Sitzung auseinandergenommen werden kann oder ob es vielleicht nicht doch gescheiter wäre, das Geschäft nochmals zurückzunehmen und an der nächsten Sitzung aufzuzeigen, wie man die dringenden Sicherheitsbedürfnisse auf der einen Seite und den Rest auf der anderen Seite voneinander trennen kann.

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* glaubt nicht, dass man es heute schafft, den Planungskredit in vier Teile aufzuteilen. Es erscheint ihr relativ unrealistisch und absolut unseriös, dies so schnell zu tun. Sie hat den Lösungsansatz vorhin anders verstanden. Dies ist für den Gemeinderat kein gangbarer Weg. Vor diesem Hintergrund würde der Gemeinderat den Antrag stellen, das Geschäft zurückzuziehen.

*Gaida Löhr, SP* hat den Lösungsweg auch etwas anders verstanden. Sie war der Meinung, dass die Planung heute, so wie sie vorliegt, angenommen wird. Dass der Einwohnerrat aber bei der Planungsaussarbeitung eine Vorlage erhält, die es ihm ermöglicht, zu splitten und einzelne Punkte direkt anzunehmen und andere vielleicht zu diskutieren. So hat sie es verstanden. Jetzt ein Splitting zu machen, findet sie ebenfalls eine Überforderung des Rats. Hier wäre sie ganz bei der Gemeindepräsidentin. Der Antrag der Votantin wäre immer noch der, den sie vorhin schon formuliert hat: Dass man jetzt «Ja» sagt und anschliessend den Gemeinderat beauftragt, die Planung so zu bringen, dass man die einzelnen Standorte separat diskutieren kann.

*Roman Oberli, SVP* ist es namens der SVP auch nochmals wichtig zu erwähnen, dass die Sicherheit der Arbeiten wichtig ist und die Sanierung an der Parkstrasse unbestritten. Der Fraktion ist der Ausbau am Friedhof ein Dorn im Auge. Diesen möchten sie vehement nicht. Der Vorschlag des Gemeinderats findet er sehr gut. Das ist ein gangbarer Weg. Dann hat man nächstes Mal eine gute Ausgangslage und alle wissen, was angedacht / gewollt ist. Der Gemeinderat wird sicher eine gute Lösung finden, dass man z.B. einen Teil des Kredits nur für die Parkstrasse bringt und den Rest gesondert. So kann man seines Erachtens zu einer gütlichen Lösung kommen.

*Felix Gerber, Mitte/GLP* hofft, er habe es richtig verstanden, dass das Geschäft jetzt, obwohl eigentlich bereits darüber abgestimmt wurde, zurückgezogen wird. Er fragt an die Gemeindepräsidentin gerichtet, ob dies korrekt sei. *Sie bejaht es.* Was man seiner Ansicht nach daraus lernen kann ist, dass es ihm auch nicht immer ganz wohl dabei ist, wenn solche Planungskredite oder andere Geschäfte miteinander verknüpft werden. Gerade bei diesen beiden Sachen wäre es vermutlich für alle Anwesenden einfacher gewesen und hätte vielleicht auch etwas mehr das Gefühl gegeben mitreden zu können, wenn man zumindest diese beiden Themen auseinandergenommen hätte. Er wäre nicht auf die Idee gekommen, vier Teilstücke daraus zu machen. Aber vielleicht nur schon zwei Teile würden es dem Parlament etwas einfacher machen. Zum zweiten Punkt: Was jetzt passiert ist, ist eigentlich ein Desaster. Wenn man so weiter macht in den nächsten vier Jahren: Der Rat stimmt ab, dann wird mit einem Referendum gedroht. Daraufhin wird das Geschäft zurückgezogen und noch einmal diskutiert. Es wird so weitergehen, dass man immer wieder Situationen haben wird, wo etwas weniger als die Hälfte irgendetwas verliert und dann ein Referendum androhen kann. Wenn dies durchgekommen wäre, wäre es eine absolute Peinlichkeit gewesen. Schliesslich sind die Anwesenden gewählt, um hier ihren Job zu machen. Wenn man dieses Geschäft einem Referendum unterstellt hätte, hätte der Rat ganz klar seinen Job nicht gemacht. Der Votant bittet daher alle, sich in Zukunft genau zu überlegen, wann man mit solchen Drohungen

arbeiten will und dankt dem Gemeinderat, dass er offen ist, das Geschäft zurückzuziehen und zu einer Lösung beizutragen.

*Christian Schmid, SVP* erwähnt, es sei eben genau der Job der Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, das Volk resp. ihre Wähler/innen zu vertreten. Wenn die Mehrheit der Binninger Bevölkerung etwas nicht wollte und der Einwohnerrat sich ein paar Monate später wieder dafür einsetzt, dann muss man etwas unternehmen und das war die einzige Möglichkeit. Seines Erachtens macht man es lieber jetzt, als dass man wieder ein Projekt zwei Jahre laufen lässt, es wieder vors Volk kommt und wieder abgelehnt wird. Das ist die Aufgabe des Einwohnerrats.

#### ABSTIMMUNG

Rückzug des Geschäfts durch den Gemeinderat: Einstimmig JA (Abstimmung 05)

#### BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Rückzug des Geschäfts durch den Gemeinderat zu.

---

#### Traktandum 3

Nr. 203/XIII

#### **Reglement zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen - Zwischenbericht nach 5 Jahren**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Gaida Löhr, SP* möchte zuerst für den Zwischenbericht danken. Sie findet es gut, dass das Parlament diesen erhalten hat und dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung. Die Votantin hat aber noch einige Fragen zum Bericht. Der Bericht enthält Zahlen, wie sich die Kosten von 2018 bis heute entwickelt haben. Diese sind deutlich gestiegen. Sie würde sich für den Hintergrund interessieren und zwar nicht nur in den Zahlen, sondern auch in den Menschen. Sie nimmt an, dass die Heimtaxen teurer geworden sind. Man weiss aus dem Bericht, dass die Ergänzungsleistungsbeiträge gesunken sind und man weiss eigentlich auch, dass die Alterspyramide immer beängstigender wird. Die Rednerin nimmt aber auch an, dass auf der anderen Seite die Menschen etwas weniger lang im Heim sind als vorher. Daher sind ihre Fragen eigentlich eher zu den Menschen. Wie viele Menschen in Binningen sind im Heim und wie ist die Entwicklung? Wenn man die Entwicklung von 2018 bis heute anschaut, hat man ungefähr immer gleich viele Menschen im Heim – es wurden ja nicht mehr Plätze geschafft – oder hat sich dies entwickelt? Als zweites interessieren sie die Kosten der Heimtaxen. Was kosten ein Platz, Pflege und Hotellerie, im Heim? Auch hier die Entwicklung von 2018 bis heute, damit man die Kostenentwicklung auch irgendwie verstehen kann, welche den Anwesenden hier vorgelegt wurde. Als drittes würde sie interessieren, wie viele der Heimbewohner/innen in Binningen Ergänzungsleistungen und Zusatzbeiträge beziehen. Wenn dies nicht jetzt beantwortet werden kann, dann ist es ihr auch recht, wenn sie die Antworten irgendwann noch schriftlich erhält. Die SP-Fraktion nimmt zur Kenntnis.

*Nina Eldridge, Mitte/GLP* dankt dem Gemeinderat für den Zwischenbericht. Es ist sehr erfreulich, dass die Regelung in Binningen scheinbar gut funktioniert. Dies sieht man vor allem daran, dass seit der Einführung keine Einsprachen oder Beschwerden eingegangen sind. Das zeigt auch, dass die Regelung gut

durch die Fachstelle umgesetzt wird. Der Tabelle zur Entwicklung der Zusatzbeiträge ist zu entnehmen, dass die Gemeinde fast jedes Jahr mehr Ergänzungsleistungen auszahlt als budgetiert. Die Mitte/GLP würde gerne wissen, ob dies in den nächsten Budgets besser berücksichtigt wird.

*Urs Hauri, Grüne/EVP* schliesst sich dem Dank an den Gemeinderat und die Verwaltung an. Die Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und insbesondere auch, dass das ganze Reglement gut implementiert wurde. Ein paar Fragen wurden bereits genannt. Der Votant hat vielleicht auch noch ein, zwei. Wie im Bericht erwähnt haben sich die Verwaltungskosten erhöht, obwohl ein Teil der Arbeit seit dem Sommer 2023 von der Versorgungsregion ABS übernommen wird. Betrifft dies nur den Teil, wo die Gemeinde war oder ist dies zusätzlich? Ein Teil der gestiegenen Kosten wurde mit der Corona-Epidemie erklärt, dass man dort weniger Eintritte hatte und später mehr. Wie gross ist der Anteil der Steigerung der Heimtaxen? Kann man das abschätzen?

*Kevin Lancashire, FDP* äussert, viele Fragen, die er hatte betreffend die fehlende Kostentreiberanalyse wurden bereits genannt. Was sind die Ursachen, dass die Kosten seit 2018 von rund 800 000 Franken auf 1,5 Mio. Franken angestiegen sind? Die Obergrenze für die Ergänzungsleistungen kann nicht die einzige Ursache sein, da diese z.B. in den Jahren 2022 und 2023 bei 160 Franken pro Tag war und dennoch gab es einen massiven Anstieg bei den Kosten. Als zweiter Punkt ist dem Votanten aufgefallen, dass der Gemeinderat sich eigentlich jedes Jahr – 2018 noch am frappantesten – um etwa 15 Prozent verschätzt hat. Budget vs. Rechnung. Daher hätte er gerne alle Kostentreiber analysiert, auch mit einem Ausblick. Was könnte das in Szenarien für die Zukunft des Gemeindehaushalts bedeuten? Die FDP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

*Charlotte Marti, SVP* bedankt sich namens der SVP für den Zwischenbericht zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen. Es ist zu begrüssen, dass mit der Fachstelle Alter und Gesundheit eine sehr gute Zusammenarbeit besteht. Es fällt auf, dass die ausbezahlten Zusatzbeiträge zu den Ergänzungsleistungen von Jahr zu Jahr immer höher ausfallen. Wie sieht der Gemeinderat die Kostenentwicklung für die kommenden Jahre? Und wird sich die Zusammenarbeit mit der Fachstelle Alter und Gesundheit zukünftig positiv auf diese Fallzahlen auswirken? Die Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die Ausführungen und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

*Gemeinderat Stephan Appenzeller, SP* möchte sich bei seinen Antworten kurz fassen im Hinblick auf die von Kevin Lancashire bereits eingereichte Interpellation. Er hatte diese Woche Austausch mit dem Interpellanten zu seinen Fragen und sie haben gesehen, dass es gescheiter ist, wenn man sich etwas mehr Zeit nimmt, um das sorgfältig auszuarbeiten. Es wird auch darum gehen, all diese Zahlen detailliert darzulegen und eine Prognose für die Zukunft zu machen. Das alles hier mündlich zu erläutern hätte eine Zahlenschlacht gegeben. Das wäre seines Erachtens nicht sinnvoll gewesen. Der Redner kann vielleicht ein, zwei Zahlen beleuchten, die man einfach vermitteln kann und zu denen mehrfach eine Frage gestellt wurde. Wie viele Personen sind in Binningen in Altersheimen? Aktuell sind von Binningen 175 Personen in stationären Pflegeinstitutionen. Dies nicht nur in Binningen, sondern auch in Allschwil und in vielen anderen Gemeinden in der Schweiz. Die Gemeinde Binningen richtet Beiträge aus, wenn man vor dem Übertritt ins Altersheim in Binningen seinen Wohnsitz hatte. Es ist quasi daran geknüpft. Es sind 175 Personen. Die Anzahl ist in den letzten Jahren etwas gestiegen, nicht im Ausmass der Zusatzbeiträge zu den Ergänzungsleistungen (EL), aber sie ist gestiegen.

Die Strategie der Versorgungsregion ist, dass man den intermediären und ambulanten Bereich ausbauen möchte, um mit den stationären Plätzen einigermaßen stabil bleiben zu können. Das ist die Strategie. Von den 175 Personen sind etwa 60 Prozent EL-Bezügerinnen und Bezüger, wobei es Personen darunter hat, die nur die EL haben und dann gibt es solche, die auch noch die EL-Zusatzbeiträge über diesen 160 Franken erhalten. Dies alles genau aufzuteilen ist eine komplexe Sache. Der Redner ist froh, wenn der Gemeinderat dafür ausgiebig Zeit hat, die ihm bei der Interpellationsbeantwortung ja zur Verfügung steht. Das wollte er jetzt erwähnen und der Rest folgt dann an einer kommenden Sitzung.

## ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

## BESCHLUSS

---

://: Der Bericht zum Reglement zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen wird zur Kenntnis genommen.

---

## Traktandum 4

Nr. 16

### Gemeindeinitiative Änderung Finanzausgleichsgesetz

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* führt aus, die Grüne/EVP unterstütze die Gemeindeinitiative zum Finanzausgleichsgesetz. Die Fraktion ist natürlich weiterhin für die Solidarität mit den finanzschwächeren Gemeinden. Bei Ausgleichszahlungen, die sich nur auf die Einkommen und nicht auf den Bedarf beziehen, wird jedoch nicht abgebildet, dass es im Zentrum z.B. auch teurere Lebenshaltungs-, Alters- und Asylkosten gibt. Es kann also sein, wie auch beschrieben, dass die Nehmergemeinden von den Gebergemeinden wie Binningen mehr Ausgleichszahlungen erhalten, als sie überhaupt benötigen. Diese wiederum fehlen dann bei den Gebergemeinden. Auch die Kompensationszahlungen aufgrund des sechsten Primarschuljahres sind wichtig für die Gemeinde, da mit der Einführung grosse Kosten vom Kanton auf die Gemeinden überwältigt worden sind. Da sich die Nehmergemeinden mit diesem Kompromiss einverstanden erklärt haben, sehen die Grünen/EVP keinen Grund, die Initiative nicht zu überweisen. Sie hätten lediglich noch eine Frage an den Gemeinderat: Wieso wurden die Nehmergemeinden für diese Initiative nicht beigezogen, um weiterhin die Einigkeit über das Vorgehen zu signalisieren?

*Hubert Steffen, SVP* möchte sich vorab im Namen der SVP-Fraktion für die vorliegende Gemeindeinitiative bei der zuständigen Gemeindepräsidentin bedanken. Vom Kanton werden den Gemeinden immer mehr Kosten ohne Mitbestimmungsrecht übertragen. Umso erstaunlicher ist es, dass der Kanton trotz einer Einigung zwischen den Geber- und Nehmergemeinden betreffend Finanzausgleichsgesetz den ausgehandelten Kompromiss von sich aus einfach sistiert hat. Das Verhalten des Kantons ist aus Sicht seiner Fraktion nicht akzeptabel und unfair gegenüber den Gemeinden. Die SVP wird der Gemeindeinitiative zustimmen und auch Antrag zwei unterstützen.

*Andrea de Fregias, SP* erklärt, die Mehrheit ihrer Fraktion habe beschlossen, die Gemeindeinitiative zur Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes abzulehnen. Der Grund dafür ist, dass der Finanzausgleich für Gerechtigkeit zwischen den Gemeinden sorgt und dieses System nicht geschwächt werden darf. Binningen bezahlt dieses Jahr 11,3 Mio. Franken in den Finanzausgleich ein. Das zeigt, dass die Gemeinde trotz Inflation stark genug ist, um ihre Beiträge zu leisten, ohne ihre Aufgaben zu gefährden. Die Solidarität unter den Gemeinden bleibt für die SP wichtig. Eine Reduzierung des Ausgleichs würde schwächere Gemeinden belasten und langfristig das soziale Ungleichgewicht verstärken. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion den Antrag ab.

*Brigitte Schori, FDP* dankt namens ihrer Fraktion für den Bericht. Seit 2021 arbeiten Vertretende von Geber- und Empfängergerneinden sowie der Kanton an der Revision des Finanzausgleichsgesetzes, um eine angemessenere Grössenordnung zu finden. Binningen engagiert sich seit vielen Jahren sehr aktiv dafür in der Interessensgemeinschaft. Jetzt will aber die Regierung die Vorlage zur Teilrevision zwei aufgrund der schlechten Finanzlage des Kantons nicht an den Landrat überweisen. Deshalb hat die Interessensgemeinschaft der Gebergemeinden beschlossen, diese Initiative zu formulieren. Sie soll möglichst nahe an der ursprünglich geplanten Landratsvorlage sein mit folgenden Änderungen: Senkung des Ressourcenausgleichs von 60 Prozent auf 40 Prozent innerhalb von acht statt zehn Jahren, Anpassung des Lastenausgleichs und der Kompensationszahlungen an die Teuerung.

Die Initiative ist nötig, da ein grosser Druck auf den Gebergemeinden besteht. Und es ist keine Schwächung des Finanzausgleichs. Einige, wenige Gemeinden tragen die Last. Die Verteilung wird nicht aufgrund des konkreten Bedarfs ausgerichtet und somit kann Geld bezogen werden, das zu viel ist und somit das Solidaritätsprinzip verletzt. Bei der Bemessung der Beiträge werden teure Lebenshaltungskosten, höhere Alters- und Asylkosten, höhere Bodenpreise etc. nicht berücksichtigt. Die Steuerbelastung der Gemeinde und des Kantons schwächt die nationale Konkurrenzfähigkeit. Binningen leistet aufgrund der Steuerkraft, d.h. unabhängig vom Steuerfuss, den zweithöchsten Beitrag im Kanton. 2024 wurden 11,3 Mio. Franken bezahlt, d.h. zehn Prozent des Aufwands der Gemeinde. Das Maximum liegt bei 15 Prozent. Binningen würde also durch die Gemeindeinitiative nicht entlastet werden, aber die Indexierung des Lastenausgleichs und der Kompensationszahlungen hätten höhere Kantonsbeiträge zur Folge. Die Zustimmung zur Gemeindeinitiative ist notwendig, um die nötige Revision weiterzuführen und das System des Finanzausgleichs gerechter zu gestalten. Deshalb empfiehlt die FDP-Fraktion, den beiden Anträgen zuzustimmen.

*Felix Gerber, Mitte/GLP* erläutert, der Finanzausgleich sei zentral für den Zusammenhalt im Kanton. Es sollen mittels Zahlungen zwischen den Gemeinden Ungleichheiten in der Ressourcenausstattung und mittels Zahlungen des Kantons Ungleichheiten in den Lasten ausgeglichen werden. Die Gemeindeinitiative will diese Lasten an die Teuerung angleichen, die der Kanton bezahlen muss und die Abschöpfungsquote für wenig finanzstarke Gebergemeinden senken. Es heisst, dass die Initiative ein historischer Kompromiss sei und sie basiert auf einem Bericht der Organisation Ecoplan aus dem Jahr 2020. Das Problem bei dieser ganzen Sache ist, dass wenn man es etwas genauer anschaut, dieser Kompromiss alles andere als historisch ist. Wichtige Fakten aus dem Bericht werden weggelassen und es werden auch welche umgedreht. Z.B. das Wort «rekordhoch» wird überhaupt nicht erwähnt. Man spricht von relativ hoch und es gibt durchaus Kantone mit einem höheren Ausgleich.

Die wichtigste Empfehlung aus dem Bericht für den horizontalen Ausgleich wäre gewesen, dass man mehr Anreize schaffen sollte für die Empfängergerneinden, um ihre Steuerkraft zu steigern. Das heisst, dass man sie nicht auf 100 Prozent des Ausgleichsniveaus anheben soll. Der zweite Punkt war, dass man überdenken sollte, wieso die finanzstarken Gebergemeinden nur 15 Prozent bezahlen unabhängig davon, wie weit sie eigentlich über der Steuerkraft oder über dem Ausgleichsniveau liegen. Denn im Endeffekt führt dies zu einer degressiven Abschöpfungsquote und davon profitiert Binningen massiv. Wenn man dies mit dem nationalen Finanzausgleich oder mit dem Finanzausgleich anderer Kantone vergleicht, sollte sich Binningen eigentlich nicht beklagen. Nun ist es so, dass die Gemeinden scheinbar drei Jahre lang diskutiert haben und all die heissen Eisen, die eigentlich aus objektiver Sicht wichtig gewesen wären, nicht anfassen wollten. Das hätte man zugeben und sagen können: «Okay, wir schaffen es nicht den horizontalen Ausgleich so aufzustellen, wie es eigentlich empfohlen wurde. Aber wir einigen uns darauf, dass, wie tatsächlich richtig, der Lastenausgleich angepasst werden muss, da es keinen Sinn macht diesen zu plafonieren, wenn immer alles teurer wird.». Was man jetzt auf Druck der Gebergemeinden gemacht hat ist, dort noch eine Reduktion der Abschöpfungsquote für die finanzschwächeren Gebergemeinden hineinzudrücken. Dies zu einem Zeitpunkt, wo es den Empfängergerneinden nicht so weh tut, da der Kanton dann mehr bezahlen würde.

Was sind die Folgen davon? Die Folgen sind, dass man in der Zeitung lesen muss: «Reiche Gemeinden wollen auf Kosten des Kantons sparen». Eigentlich sollte es heissen: «Alle Gemeinden in diesem Kanton sind sich einig, dass es nicht korrekt ist, dass der Lastenausgleich nicht der Teuerung angepasst wird.». Diese Chance wurde vergeben und der Regierungsrat hat dies ausgenutzt. Wir haben uns angreifbar gemacht. Es wurde abgelehnt. Wir befinden uns nun auf einem Konfrontationskurs. Grundsätzlich sind die Forderungen der Initiative mehrheitlich korrekt. Der Kompromiss ist enttäuschend und die Kommunikation ist irreführend. Die Fraktion ist nicht überzeugt, dass diese Konfrontation langfristig wirklich vorteilhaft ist, auch wenn sie es grundsätzlich begrüsst, dass die Initiative dazu führen wird, dass der Finanzausgleich auch in Zukunft weiterdiskutiert wird. Die Anwesenden sollten sich bewusst sein, dass wenn der Finanzausgleich wirklich ehrlich diskutiert wird, Binningen wahrscheinlich eher mehr bezahlen wird als weniger. Aus diesen Gründen hat die Mitte/GLP Stimmfreigabe beschlossen.

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* bedankt sich für die Rückmeldungen. Die letzten Ausführungen der Mitte/GLP sind interessant und es würde zu weit führen auf alles einzugehen. Die Gemeindepäsidentin war selbst bekanntlich nicht in dieser Konsultativkommission «Aufgabenteilung und Finanzausgleich» dabei, wo man diesen Kompromiss – historisch oder nicht. «Historisch» ist immer ein spezielles Wort – ausgeschafft hat. Tatsache ist aber, dass man sich dort auf etwas einigen konnte, mit dem alle Empfänger- wie Gebergemeinden leben können. Ob es jetzt das Bestmögliche oder der kleinste gemeinsame Nenner ist, sei dahingestellt. Aber es ist ein Kompromiss, der letztlich auch den Gebergemeinden eine gewisse Entlastung bringt. Es geht überhaupt nicht darum, die Solidarität in Frage zu stellen. Die wird weiterhin hochgehalten und das ist der Votantin auch persönlich sehr wichtig. Aber Tatsache ist halt, dass der Finanzausgleich bei den Gebergemeinden mittlerweile einen Anteil am Gesamthaushalt ausmacht, der schmerzhaft ist. Auch in Binningen wird man bei der Beratung des Budgets im Dezember sehen, dass die Gemeinde durchaus froh sein kann, wenn es irgendwann weniger wird bzw. wenn man wenigstens vom Kanton den Teuerungsausgleich für den Lastenausgleich erhält.

Dass man diese Geschäfte oder diese beiden Themen innerhalb dieser Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes so verknüpft hat, ist dieser Konsultativkommission geschuldet. Die, die das dort erarbeitet haben, waren offensichtlich der Meinung, dass nicht mehr drin lag. Dem Gemeinderat geht es um das, auf das man sich dort geeinigt hat, dass man das Verhalten des Kantons kritisiert. Das hat auch die SVP gesagt. Es ist nicht korrekt, wenn man einen solchen Kompromiss einfach abbläst und sagt: «Jetzt passt es uns gerade nicht und daher wollen wir dies streichen.». Aus diesem Grund unterstützt Binningen diese Initiative. Die Rednerin wäre sehr froh, wenn die Anwesenden dies auch machen würden. Binningen profitiert nicht direkt vom Finanzausgleich, aber vom Lastenausgleich. Dort hat die Gemeinde auf jeden Fall etwas davon und ist froh, wenn sie weniger belastet ist. Eine Frage kam noch von den Grünen: Warum wurden die Empfängergemeinden nicht einbezogen? Bei dieser Frage muss die Votantin leider passen. Die IG Finanzausgleich hat das Geschäft inhaltlich vorbereitet und sehr nahe an dem ausgearbeitet, was man effektiv beschlossen hat. Da wurde nichts daran geändert. Warum man nicht auf die Empfängergemeinden zugegangen ist, weiss sie nicht. Sie kann nur spekulieren und geht davon aus, dass man das Fass nicht noch einmal aufmachen und die Diskussionen von vorne beginnen wollte, sondern gesagt hat: «Wir haben einen Kompromiss. Diesen kann man relativ einfach im Rahmen einer Initiative umsetzen ohne wieder von vorne zu beginnen.». Und darum hat man die Initiative so lanciert. Die Gemeindepräsidentin wäre froh, wenn die Anwesenden die Initiative unterstützen würden.

*Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP* möchte sich dem Gesagten anschliessen. Es ist etwas, an dem Binningen seit Jahren mit sehr viel Herzblut gearbeitet hat. Die Solidarität soll gelebt werden, aber sie muss auch auf beide Seiten gelebt werden. Man hat hier einen Kompromiss gefunden, vom dem beide Seiten profitieren. Die Initiative kam zu Stande, weil es nicht sein kann, dass wenn sich mehrere Parteien – das waren wirklich intensive Gespräche, die dort stattgefunden haben – geeinigt haben und der Kanton ihnen zugesagt hat, dass er dies anschliessend in den Landrat bringt, dies plötzlich unterbunden wird. Das geht einfach nicht. Das ist eine Missachtung des Willens der verschiedenen Parteien, die dies diskutieren wollen. Daher möchte man mit der Initiative ein Zeichen an die Regierung setzen. Bezüglich

der Frage, wieso die Initiative nicht auch den Nehmergemeinden offensteht ist es so, dass dies durchaus möglich ist. Als man die Initiative aufgesetzt hat, wollte man einmal fünf Gemeinden einreichen. Sicher die, die am meisten in den Finanzausgleich einbezahlen. Aber selbstverständlich lässt man es allen anderen Gemeinden ebenfalls offen und möchte auch andere Gemeinden dafür gewinnen, sich ebenfalls zu beteiligen. Es ist durchaus möglich, dass sich auch Nehmergemeinden beteiligen werden. Genau aus dem Grund, dass es nicht sein kann, dass nicht einmal eine Teuerungsanpassung stattfindet, dass man mit Beträgen rechnet, die vor x Jahren einmal definiert und nie angepasst wurden usw.

Die Votantin findet es wichtig, dass dies endlich auf den Tisch kommt und man es anschauen kann, damit man eine Lösung findet, mit der man die Solidarität weiterleben kann. Es ist wichtig, dass Binningen solidarisch ist und daher zahlt die Gemeinde in den Finanzausgleich ein. Aber es ist auch wichtig, dass der Finanzausgleich der Gemeinde gegenüber korrekt ist. Auf Binningen werden hohe Kosten zukommen. Alle Anwesenden wissen, dass die Kosten resp. die Ausgaben der Gemeinde nicht in die Berechnung ihrer Zahlungen in den Finanzausgleich einbezogen werden, sondern es ist rein der Steuerertrag. Daher möchte sie beliebt machen, dass man dies auch im Hinblick auf die Zukunft berücksichtigt. Die Votantin möchte die Ratsmitglieder bitten, der Gemeindeinitiative zuzustimmen. Es wäre wirklich nicht schön, wenn Binningen dies als eine der grössten Gebergemeinden im Kanton nicht entsprechend unterstützen würde. Das wäre ein Armutszeugnis für die Gemeinde und sie hofft, dass sich der Einwohnerrat dafür ausspricht. Es ist nicht ein Entscheid für oder gegen das Finanzausgleichsgesetz, sondern es geht rein um die Einreichung dieser Initiative.

*Christian Schmid, SVP* äussert, wie bereits erwähnt, bezahle Binningen aufgrund des hohen Durchschnittseinkommens schon sehr viel an den Kanton. Er erinnert gerne daran, dass der Kanton Basellandschaft einer der schlechtesten Steuerkantone in der Schweiz ist. Er fragt sich wirklich, ob die SP-Fraktion weiss, dass sie für die Binner Einwohnerinnen und Einwohner hier im Rat sitzt oder ob sie vielleicht von einer anderen Gemeinde hierhin geschickt worden ist. Wie kann man als Vertreter Binnings dafür sein und es gut finden, dass Binningen über 10 Mio. Franken noch zusätzlich an andere Gemeinden schenkt?

*Lewin Lempert, SP* möchte kurz daran erinnern, dass sich die SVP-Fraktion in Allschwil gegen diese Vorlage gestellt hat u.a. mit der Argumentation: ««Das gibt einen riesigen Rohrkrepierer» ist der SVP-Einwohnerrat überzeugt». Das liest der Redner in der BZ. Weil es eben ein Kampf ist, den die reichen Gebergemeinde gegen alle anderen, gegen die Nehmergemeinden und auch gegen den Kanton kämpfen. Das Stichwort Kanton wurde heute noch gar nicht erwähnt. Es wird nach Ansicht der Votanten auch im Bericht etwas kurz abgehandelt, dass diese Vorlage für den Kanton Baselland Mehrkosten von 7 bis 13,5 Mio. Franken bedeutet in einer Situation, in der der Kanton Baselland bereits ein 90 Mio. Franken Defizit hat und noch mehr Kosten beim Kanton Baselland anfallen. Der Redner ist sowohl Einwohner von Binningen wie auch von Baselland. Es ist schlussendlich die Frage, was man priorisiert. Seiner Meinung nach gibt es, wie das die Fraktionssprecherin der SP ausgeführt hat, Argumente für die eine oder andere Seite. Er findet aber grundsätzlich die Kantonsperspektive, die bisher in der Diskussion noch kein Thema war, sehr relevant, da der Kanton auch Leistungen erbringt, die für die Binner Bevölkerung sehr relevant sind.

## ABSTIMMUNG

Antrag 1: 23 JA / 9 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 06)

Antrag 2: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

## BESCHLUSS

---

://: 1. Der Gemeindeinitiative für eine Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes wird zugestimmt.

://: 2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Initiative notwendigenfalls zurückzuziehen.

---

## Traktandum 5

Nr. 199/XIII

### Dringliches Postulat GRPK: Ausschreibung des amtlichen Publikationsorgans

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Karin Glaser, Grüne/EVP* teilt mit, sie sei am runden Tisch dabei gewesen, den es zu diesem Thema gegeben hat. Sie fand es eigentlich eine konstruktive Runde, trotzdem hat es sie – und nicht nur sie – etwas irritiert, dass es anscheinend bereits eine abgemachte Sache ist, dass es nur noch ein solches Publikationsorgan geben soll. Diese Tatsache hat sie so irritiert, dass sie es gar nicht weiter hinterfragt hat. Ihre Fraktion bezweifelt, ob, in der Ausschreibung verlangt oder nicht, diese Zeitung gleich viel über Binnungen berichten würde wie bisher und befürchtet, dass die Binninger Anliegen weniger Aufmerksamkeit bekämen. Per se nur auf eine Zeitung zu setzen, finden die Grünen/EVP nicht gut. Offensichtlich habe Leimental plus entschieden, dass es nur eine Leimentaler Zeitung geben soll. Aber eigentlich hat diesbezüglich ein Verein gar nichts zu sagen. Im Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung ist vermerkt, dass es keinen gemeinsamen Zuschlag der Gemeinden gibt. So macht eigentlich eine gemeinsame Ausschreibung auch nicht wirklich Sinn. Die Fraktion lässt das GRPK-Postulat so stehen und unterstützt das zusätzliche, dringliche Postulat.

*Peter Frauchiger, FDP* war auch Teil des runden Tisches. An sich wurden die dort gestellten Fragen von Bernard Keller, der die Sitzungsführung hatte, soweit gut beantwortet. Das ist richtig. Der Votant hat ziemlich am Anfang den Elefanten im Raum angesprochen resp. die Frage gestellt. Danach war vielen im Raum bewusst, dass man hier an sich schon vorgegriffen hat im Sinne eines wegweisenden Entscheids, dass es eine Tallösung und keine Binninger Lösung sein soll. Auch aus diesem Grund möchte die FDP das Postulat noch stehen lassen auch im Zusammenhang mit dem zusätzlichen Postulat, auf das man noch zu sprechen kommt. Auch hinter diesem Postulat steht die Fraktion und möchte es überweisen.

*Gaida Löhr, SP* dankt dem Gemeinderat für die Antwort auf das Postulat und das Angebot des runden Tisches, wo sie eher terminlich etwas Probleme hatte. Ihr ist beim Lesen sehr stark aufgefallen, dass der Gemeinderat ausser bei Frage eins bei allen Fragen darauf hinweist, dass dies eigentlich in der Kompetenz des Herausgebers liege. Dies zeigt, wie wichtig das ist, was nachher im dringlichen Postulat noch angesprochen wird, nämlich die Wahl des Herausgebers, die Art, wie man für die Herausgabe ausschreibt und die Formulierung des Vertrags, den man anschliessend mit dem Herausgeber hat. Es beeindruckt sie etwas, dass hier auch steht, man habe dies alles schon verlangt und sie fragt sich, wie es anschliessend begleitet wird. Die Rednerin denkt, man sollte sich nicht ganz aus der Verantwortung schleichen. Die Anwesenden spüren es, ihr fehlt etwas der Schwung. Die SP ist aber der Meinung, dass es nicht Sinn macht, das Postulat stehen zu lassen und das Neue auch noch. Das heisst, sie sind durchaus der Meinung, man könne diesen Vorstoss abschreiben. Man hat sich ja für das neue, dringliche Postulat entschieden. Darauf kommt sie später nochmals zurück.

*Christian Schmid, SVP* hält sich kurz. Die SVP will das Postulat nicht abschreiben und sie unterstützt das neue Postulat der FDP und der Grünen.

*Lukas Jegge, Mitte/GLP* bedankt sich namens seiner Fraktion für den Bericht und die Beantwortung der vorliegenden Fragen beim Gemeinderat. Auf die im dringlichen Postulat aufgeworfenen Fragen in der

Verantwortung des Herausgebers des Publikationsorgans wird der Votant nicht weiter eingehen. Namentlich die Finanzierung, die Steigerung der Attraktivität des Mediums und die Ergänzung der neuen Kommunikationsform. Der Fraktion sind folgende Elemente wichtig: Das zukünftige Publikationsorgan soll neben den amtlichen Publikationen im redaktionellen Teil selbstverständlich über die Ereignisse aus Binningen und über Themen, die Binningen interessiert berichten. Natürlich Gewerbe, Kirche, Leserbriefe, Politik, Parteien, Abstimmungen, Sportveranstaltungen etc. Diese Elemente müssen zentraler Bestandteil des zukünftigen Publikationsorgans sein. Das wurde ja bereits vom Gemeinderat erörtert.

Weiter ist der Mitte/GLP die öffentliche Ausschreibung wichtig. Diese soll so gestaltet werden, dass auch kleinere Herausgeber die Möglichkeit haben, erfolgreich an der Submission teilzunehmen und diese für sich zu entscheiden. Damit alle, ob grössere oder kleinere Herausgeber die gleichen Voraussetzungen haben und so mitbieten können. Grundsätzlich ist die Fraktion offen, das zukünftige amtliche Publikationsorgan mit anderen Gemeinden zusammen zu veröffentlichen und die daraus resultierenden Synergien zu nutzen. Die Mitte/GLP wird noch auf das weitere dringliche Postulat von Christoph Maier näher eingehen. Sie erhoffen sich, dass sie vom Gemeinderat zusätzliche Informationen und Details erhalten, um einen endgültigen Entscheid bei diesem Thema zu fällen.

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* möchte den Anwesenden beliebt machen, dieses Postulat abzuschreiben. Es gibt ein dringliches Postulat, bei dem der Rat die Dringlichkeit bereits bejaht hat. Darin sind auch ganz konkrete Anträge enthalten. Im bestehenden Postulat hatte es Fragen. Diese hat der Gemeinderat beantwortet. Mit dem Stehenlassen des Postulats gewinnt man gar nichts, da es ja ein neues Postulat gibt. Die Liste der hängigen Vorstösse wird einfach um diesen Vorstoss länger. Daher möchte die Gemeindepräsidentin dem Parlament beliebt machen, dieses Postulat abzuschreiben. Der Rat vergibt sich damit gar nichts, denn es gibt ein weiteres Postulat, welches genau das gleiche Thema noch etwas konkreter aufgreift.

*Lukas Jegge, Mitte/GLP* möchte noch erwähnt haben, dass sich die Mitte/GLP für die Abschreibung des Postulats ausspricht.

#### ABSTIMMUNG

Abschreibung Postulat: 15 JA / 20 NEIN (Abstimmung 08)

#### BESCHLUSS

---

://: Das Postulat wird nicht abgeschrieben.

---

#### Traktandum 6

Nr. 23

#### **Dringliches interfraktionelles Postulat: Eigener Anzeiger statt Anschluss an Leimentaler BiBo!**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* nimmt gerne Stellung zum Postulat. Vielleicht zur Klarstellung: Es geht nicht um einen Anschluss an den Leimentaler BiBo, sondern um eine gemeinsame Ausschreibung aller Leimentaler Gemeinden für einen neuen amtlichen Anzeiger. Es ist also nicht so, dass

sich Binningen einfach dem BiBo anschliessen würde. Eine Bemerkung, die zu Beginn der Diskussion über die Dringlichkeit gefallen ist, ist der Zusammenhalt von Binningen, der es bedingt, dass man einen eigenen amtlichen Anzeiger hat. Sie würde behaupten, dass man sowohl in Bottmingen wie auch in Oberwil, Therwil oder Ettingen das Gefühl habe, man habe einen Zusammenhalt innerhalb der Gemeinde ohne dass man einen eigenen Anzeiger hat. Es gibt genügend Platz, dass sich jede Gemeinde in diesem Anzeiger abbilden und wiederfinden kann und die Zusammengehörigkeit ist auch dort absolut vorhanden.

Wenn es der Wunsch des Einwohnerrats ist, dass man eine eigene Binner Lösung macht, dann entscheidet der Rat dies so und der Gemeinderat nimmt es zur Kenntnis. Sie bittet aber darum, keinen Auftrag zur Prüfung der Vor- und Nachteile zu formulieren und gleichzeitig zu sagen, man solle der eigenen Lösung den Vorzug geben. Der Titel sagt «Eigener Anzeiger». Ziffer 2 des Antrags sagt, man solle die Vor- und Nachteile prüfen und in Ziffer 3 heisst es, dass bitte eine eigene Lösung zu bevorzugen ist. Entweder, oder. Es kann nicht alles gemacht werden. Man muss ehrlich zu sich selbst sein. Entweder will man eine reine Binner Lösung. Wenn das so ist, nimmt der Gemeinderat dies zur Kenntnis. Aber sie bittet darum, keine unnötigen Prüfaufträge an den Gemeinderat und die Verwaltung zu schicken, wenn man gleichzeitig auch sagt, man solle bitte eine eigene Lösung bevorzugen. Hier wäre die Gemeindepräsidentin froh, wenn sich das Parlament auf eine Stossrichtung einigen könnte. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben genügend zu tun, als unnötige Prüfaufträge, wenn das Ergebnis ja eigentlich schon feststehen muss.

*Christoph Daniel Maier, FDP* äussert, wenn man von der ganzen Geschichte, warum man nun hier steht absieht, dann scheint ihm das Kernargument, dass man schauen muss, dass die Kommunikation innerhalb der Gemeinde gestärkt wird. Diese Kommunikation ist sonst schon eine ganz schwierige Aufgabe. Die Anwesenden, welche alle in der Politik tätig sind wissen, wie schwierig es ist, den Wähler zu erreichen. Das sind nicht nur die, die sowieso schon engagiert sind. Die erreicht man relativ einfach. Aber alle anderen im Umfeld, die sich grundsätzlich politisch interessieren, aber vielleicht eine der Tageszeitungen lesen, die es noch gibt, nehmen die wenigen Sachen, die die Menschen in Binningen exklusiv bewegen in den Tageszeitungen nicht war. Wenn man jetzt sagt: «Wir schliessen uns mit anderen zusammen, sind effizient und damit vielleicht sogar günstiger unterwegs. Wir können uns so viel Platz reservieren, wie wir wollen.», so ist man schlussendlich halt auf Seite 17. Das ist ein Unterschied, wie wenn man auf Seite eins, zwei, drei, vier ist, nämlich auf allen Seiten. Dieser publizistische Vorteil, diese Aufmerksamkeit ist durch überhaupt nichts zu ersetzen.

Dem Votanten ist es wirklich wichtig, dass man hier das Ziel nicht aus den Augen verliert. Das Ziel ist, dass man innerhalb von Binningen miteinander streiten, publizieren und Werbung machen kann. Nur für Binningen. Bei all den anderen Einschränkungen: Es gibt keine Wildplakatierung mehr. Es gibt vornehmlich elektronische Plakate. Die Parteien sind mit dem politischen Plakatierungsprozess grundsätzlich nicht zufrieden. Jetzt soll auch noch der exklusive Anzeiger verloren gehen? Er fände dies ein ganz falsches Signal und es würde schlussendlich die Tendenz weg vom Lokalen nur noch hin zu einer Stadt- oder Talorientierung verstärken und dies würde man in Binningen in ein paar Jahren spüren mit mangelnder oder gar keiner Identifikation zum Wohnort mehr. Um dem vorzubeugen ist es wichtig, dass Binningen einen eigenen Anzeiger hat. Das ist nicht Heimatschutz. Das ist schlicht und einfach, dass man ein Kommunikationsmedium, über welches die Anwesenden miteinander kommunizieren, weiter beibehält und dort an erster Stelle ist.

*Felix Gerber, Mitte/GLP* ist nur begrenzt einverstanden. Es stimmt natürlich, dass man sich im Binner Anzeiger streiten kann. Er ist aber nicht ganz einverstanden damit, dass es die Leute mehr interessiert, wenn nur die Binner miteinander streiten. Es könnte die Leute durchaus interessieren, noch etwas mehr Kontext zu erhalten. Wenn man nun die Diskussion um den Werkhof betrachtet, dann steht, der Einwohnerrat habe eine Sitzung gehabt. Es hat so und so viele Mio. Franken gekostet, die SVP wollte aber so und so viele Mio. Franken. Es ist sehr schwierig, dies in einen Kontext zu setzen. Dann gibt es

noch ein paar Leserbriefe dazu und am Schluss interessiert es die Personen, die hier im Rat sitzen. Sie konnten ihre Meinung abgeben und fühlen sich vielleicht anschliessend etwas besser. Was eigentlich interessant wäre, wäre z.B. zu wissen, was die anderen Gemeinden machen. Haben sie auch Probleme mit dem Werkhof? Wie ist es dort gelöst? Wieviel hat deren Projekt gekostet?

Wenn man es gut machen würde, hätte es seiner Ansicht nach durchaus Potenzial, dass auch mehr Personen aus Binningen etwas lesen würden, das noch ein wenig mehr Inhalt hat, als das, was momentan produziert wird mit irgendwelchen kleinen Spalten und Details. Die kleinen Spalten und Details sind natürlich sehr wichtig und sie sollen weiter erhalten bleiben. Der Redner hat noch eine kurze Frage zur Ausschreibung. Er ist etwas verwirrt. Im Bericht zum Round-Table hiess es, dass der Entscheid alleine bei Binningen liegen wird. Nun versteht er aber, dass es eine gemeinsame Ausschreibung wird. Wäre es nicht möglich, dass man die Ausschreibung so ausgestalten könnte, dass sie klar den Fokus auf die bestmögliche Lieferung der Binner Themen zu einem akzeptablen Preis hat und dass es kein Killerkriterium sein muss, ob es zusammen ist oder nicht. Ihm scheint, dass dies den Ratsmitgliedern das Vertrauen geben würde, dass die beste Lösung gewählt wird und nicht vorher bereits etwas abgemacht ist und man vielleicht gar nicht aufgrund des wichtigsten Kriteriums entscheidet.

*Christian Schmid, SVP* hätte nicht gedacht, dass er einmal dafür sein würde, dass die Gemeinde Binningen ev. etwas mehr Geld in die Hand nimmt. Aber die SVP ist der Meinung, dass das Informieren der Bürger über die aktuellen, lokalen politischen Entscheide und Themen wichtig ist. Die Fraktion möchte, dass politische Themen auf der ersten Seite des Gemeindeblatts und eben nicht irgendwo unten rechts auf Seite 28 versteckt sind.

*Gaida Löhr, SP* signalisiert, die SP sei sich nicht so einig, wie dies in anderen Fraktionen scheinbar der Fall ist. Einig ist man sich, dass man ein gutes Wochenblatt für Binningen möchte. Da ist sowohl beim Binner Anzeiger wie auch beim BiBo noch etwas Luft nach oben. Das heisst, man könnte die Qualität noch steigern. Wobei die Frage, ob ein Wochenblatt, welches ja eine andere Aufgabe als eine normale Zeitung hat so wahnsinnig hohe Qualität haben muss, ist für sie offen. Es haben bisher alle gesagt, dass es vor allem darum geht, den Austausch in der Gemeinde zu haben. Die SP hat folgende Fragen diskutiert: Hat man mehr Qualität, wenn man das Einzugsgebiet vergrössert und damit eben automatisch etwas mehr Mittel in der Hand hat? Oder hat man die bessere Qualität, wenn man sich kompakt um Binningen kümmert? Die zweite Frage ist: Hat man mehr Informationen – das hat man natürlich, wenn man die ganzen Informationen des Leimentals hat – oder hat man einfach mehr Papier, das man nicht anschaut? Öffnet es Binningen den Blick aufs Leimental? Ist das Leimental wirklich schon die grosse Welt oder ist es trotzdem immer noch begrenzt? Diese Fragen blieben in ihrer Fraktion alle offen. Daher ist die Rednerin etwas frustriert, dass die Diskussion an und für sich so schnell gehen muss. Die SP wird unterschiedlich abstimmen.

*Thomas Schwarb, Grüne/EVP* äussert, es gebe das Argument, Gaida Löhr hat es eben erwähnt, dass man mehr Papier produzieren würde. Die Frage ist tatsächlich: Was ist interessant über andere Gemeinden zu lesen? Der Punkt ist, dass dies auch nur die Anwesenden interessiert und weniger die anderen Einwohner/innen. Denn die Einwohnenden in Binningen sind in der Regel schon von den Geschäften, die der Einwohnerrat hier im Saal behandelt, nicht so fasziniert. Daher erachten die Grünen/EVP es als Ablenkung, wenn es noch viele andere Themen drinnen hat. Der Redner möchte noch einen finanziellen Aspekt ansprechen. Verschiedene Parteien schalten ab und zu Inserate. Inserate, wie sie heute im BiBo sind, sind doch ein Stück teurer als im Binner Anzeiger. Ihnen nutzt es nicht viel, wenn die Inserate auch in Bottmingen und Therwil gelesen werden. Das sollte man seines Erachtens auch noch in Erwägung ziehen. Darum würde die Fraktion den eigenen Anzeiger auf jeden Fall bevorzugen.

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* hat das meiste bereits eingangs gesagt. Vielleicht noch auf die Frage von Felix Gerber betreffend gemeinsame Ausschreibung und separater Zuschlag. Die Leimentaler Gemeinden, die hier involviert sind, sind formell kein Gebilde, das einen Zuschlag geben kann.

Daher muss jede Gemeinde einen separaten Zuschlag geben. Die Idee ist aber, dass man es gemeinsam ausschreibt. Man kann nicht ausschreiben, dass man eine gemeinsame Lösung möchte und gleichzeitig eine eigene Lösung und sagen, man nehme dann die Beste. Man kann nicht einen Lastwagen und einen Traktor ausschreiben. Man muss sich entweder oder entscheiden. Daher war es ihr Wunsch, wenn man jetzt schon weiss, dass man eine Binniger Lösung bevorzugt, dass man den Prüfauftrag in Ziffer zwei weglässt.

Die Fragen von Gaida Löhr sind offene Fragen. Aber der Gemeinderat weiss nicht, wer den Binniger Anzeiger liest. Er weiss nicht, wer ihn direkt in den Papierkorb oder die Papiersammlung wirft. Letztlich macht er es für die Politik und die Bevölkerung. Wie viel wovon in Anspruch genommen wird, das wissen wir alle nicht. Wir wissen auch nicht, wie viele Leute allenfalls an weiterer Information interessiert wären. Der Ursprung der Idee war einerseits eine gemeinsame Lösung, um dort Synergien nutzen zu können und andererseits die Zusammengehörigkeit im Leimental zu stärken und zu merken, dass wir nicht die Einzigen sind in diesem Tal. Es gibt auch noch andere. Felix Gerber hat es gesagt, vielleicht wäre auch einmal ein Blick über die Gemeindegrenze interessant. Wie machen es andere? Wie sieht es dort aus? Was haben die für Probleme? Man kann durchaus voneinander lernen und miteinander etwas erreichen. Das war die Idee des gemeinsamen Anzeigers. Viel mehr kann sie eigentlich nicht sagen, ausser nochmals den Wunsch, dem Gemeinderat keine Prüfaufträge mit auf den Weg zu geben, die eigentlich schon klar sind.

*Hubert Steffen, SVP* ist Folgendes wichtig: Binningen hat 16 000 Einwohner. Seines Erachtens hat Binningen andere Interessen als gewisse andere Gemeinden im Leimental. Es wäre der Wunsch seiner Fraktion, dass Binningen ein eigenes Organ erhält. Die SVP steht auch dafür ein, dass das einheimische Gewerbe unterstützt wird, wenn man dieses schon hat und dass in der heutigen Zeit Arbeitsplätze erhalten bleiben.

*Christoph Daniel Maier, FDP* äussert, einer der Bälle, die die GRPK dem Gemeinderat mit ihrem dringlichen Postulat zugespielt hat war, dass man eine Analyse macht. Es gibt spezialisierte Experten, die genau solche publizistischen Untersuchungen machen. Wenn dem Gemeinderat nicht klar ist, wo der Binniger Anzeiger von wem gelesen wird und wie er von welchen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen wird, wäre es dann nicht trotzdem sinnvoll, wenn man dies halt untersuchen würde und sich hier schlauer macht? Auch seine Fraktion sieht beim Binniger Anzeiger Raum nach oben. Sie fänden es gut, wenn man die Chance, die eine Ausschreibung bietet, auch wahrnehmen würde, um dann Verbesserungen zu erreichen im Sinne von, dass man neben dem Leistungsauftrag «Publikation der amtlichen Mitteilungen» auch noch die Zielgruppenerreichung als Teil des Leistungsauftrags resp. der Ausschreibung macht. Wenn man dies seriös machen will, muss man vorher wissen, wen man damit erreichen will, wie man die erreicht und wo jetzt noch Mängel bestehen. Der Redner weiss nicht, wie man es anders machen könnte. Aber in einem privaten Umfeld würde man eine solche Analyse vorziehen.

*Kevin Lancashire, FDP* wollte nur ergänzen, dass er persönlich überrascht war. Während des Wahlkampfes stand er zwei Tage vor der Post und hat sicher über 100 Personen getroffen. Wie viele Leute sich auf den Binniger Anzeiger bezogen haben, hat ihn überrascht. Denn es ist eine Zeitung, der Umfang ist nicht so riesig und es gibt viel Optimierungspotenzial. Der zweite Punkt: Der Votant hat lange in verschiedenen Medienunternehmen gearbeitet. Er ist erstaunt, dass man eine Marke, die über 100 Jahre alt ist jetzt einfach kaputt machen will. Das passiert, wenn man verlagsmässig für alle aus dem Leimental eine Zeitung macht, in der man dann irgendwo auf Seite 28 etwas über Binningen liest. Dies widerspricht seiner Erfahrung, wie man mit Marken arbeitet. Die Marke «Binniger Anzeiger» ist sehr wertvoll. Er glaubt, man könnte aus diesem Medium viel mehr machen als es jetzt bringt, wenn man einverstanden ist es beizubehalten. Der Votant plädiert wirklich dafür, diese Marke zu behalten. Er glaubt, dass es viele Leute gibt, die eine grosse Freude haben, immer am Donnerstag diese Zeitung zu lesen und die darauf warten, dass sie kommt.

*Felix Gerber, Mitte/GLP* hat noch eine kurze Frage zur Aussage von Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, dass sich der Rat heute entscheiden sollte. An Christoph Maier gerichtet äussert er, wenn man dies nun untersuche, wisse man wie viele den Binninger Anzeiger lesen. Wenn man z.B. 200 Personen befragt, wie viele ihn wegschmeissen usw. Aber nachher weiss man immer noch nicht, ob die Lösung wäre, den Binninger Anzeiger besser zu machen oder ob es besser wäre, das amtliche Publikationsorgan zusammen zu legen. Er sieht die Gefahr, dass hier Daten gesammelt werden, über die am Schluss trotzdem wieder ein politischer Entscheid gefällt werden muss. Daher die Frage: Wie würde das aussehen? Könnte man darüber abstimmen? Oder wie würde man dies machen?

Die Präsidentin erklärt, die Ratsmitglieder müssen Anträge stellen.

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* bedankt sich für die Frage. Sie findet es interessant, dass man für solche Untersuchungen dann wieder Geld hat. Das kann man einfach schnell machen, um Daten zu erheben, bei denen man aber noch nicht weiss, was man damit machen möchte. Aber egal. Wenn man diesen Antrag stellen will, dann kann man ihn stellen. Ihr Punkt war der, wenn man Ziffer drei befürwortet, dass dem eigenen Publikationsorgan der Vorzug zu geben ist, dann kann man sich das Prüfen von Vor- und Nachteilen einer gemeinsamen Ausschreibung sparen. Ihr ging es darum. Wenn man sagt, man müsse die Marke Binninger Anzeiger bewahren etc., wenn man dies unterstützen will, muss man ehrlicherweise sagen «Nein, es braucht eigentlich gar keine Auslegeordnung, weil es klar ist, dass man die Marke Binninger Anzeiger behalten muss.». Der Votantin ging es um das Entscheiden zwischen Ziffer zwei und drei. Der Gemeinderat prüft gerne, wenn man wirklich ergebnisoffen ist. Nur damit man sich richtig versteht: Es ist legitim, wenn man den Binninger Anzeiger behalten will. Das ist völlig ok. Ihr geht es darum, dass man nicht Aufträge zum Prüfen von Vor- und Nachteilen erteilt und nachher sagt, eigentlich ist es sowieso klar.

*Gaida Löhr, SP* möchte das Votum von Caroline Rietschi nochmals ganz deutlich unterstützen. Sie hat vorhin zwar offen geredet, wie die Fraktion es von ihr wollte, aber es wurde hier die ganze Zeit ganz gezielt diskutiert: Wollen wir einen Binninger Anzeiger oder wollen wir einen BiBo? Das heisst, die Meinungen sind gemacht. Wenn die Meinungen gemacht sind, sieht die Votantin auch nicht ein, warum man jetzt noch abklären sollte, ob eine andere Meinung besser wäre. So stark wie dies die ganze Zeit in jedem Votum getönt hat: «Das wollen wir.», dann kann man auch dazu stehen und muss keine weiteren Abklärungen machen. Hier ist sie ganz bei der Gemeindepräsidentin.

*Christoph Daniel Maier, FDP* findet an die Adresse von Gaida Löhr und Caroline Rietschi gerichtet, wenn dies der Wunsch sei, dann bringt man einen solchen Wunsch in Form eines Antrags in den Rat. Hat er den Antrag gehört? Er bittet darum, den Antrag zu stellen.

*Roman Oberli, SVP* würde die Aufgabe des Antragstellens sonst gleich übernehmen. Er würde Ziffer zwei streichen resp. durch folgenden Wortlaut ersetzen: «Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen und zu berichten, wie die Qualität des Binninger Anzeigers (weiter) angehoben und die Reichweite vergrössert werden kann.». Dies könnte man mit den anderen Punkten kombinieren. So könnte man sich heute klar zum Binninger Anzeiger bekennen und dann wäre die Geschichte gegessen.

*Marco Giani, FDP* ist der Meinung, wenn man etwas entscheidet, brauche es eine Analyse. Und zwar nicht nur, wie viele es lesen und wie es produziert wird. Man muss heutzutage auch vom Konsumenten, der das liest, eine Ahnung haben. Was will der überhaupt? Was gibt es für Möglichkeiten? Braucht es mehr journalistische Beiträge? Etc. Klar, dass es ein Publikationsorgan ist, muss man unbedingt beibehalten. Aber schlussendlich muss man eine Grundlage haben, um entscheiden zu können: Wer kann das überhaupt machen? Wie wollen wir es? Soll es die Lösung sein, die in Binningen bleibt oder ist es eine gemeinsame Zeitung? Er würde sich hier nicht einmal festlegen. Ihm fehlt einfach die Analyse dazu. So wie er es verstanden hat, ist der Gemeinderat eher auf der Seite einer Leimentaler Lösung auch ohne

die Kenntnis, was man überhaupt will. Diese Analyse fehlt dem Redner grundlegend. Er würde vielleicht da ansetzen, stellt aber keinen Antrag.

*Christoph Daniel Maier, FDP* muss ehrlich sagen, er kann sich dem Antrag von Roman Oberli nicht wirklich anschliessen. Seine Fraktion möchte einen eigenen Anzeiger. Er möchte nicht jetzt vor der Ausschreibung festlegen, dass die Ausschreibung nur für den Binninger Anzeiger, nämlich das jetzige Publikationsorgan erfolgen kann. Eine Ausschreibung kann nur eine echte Ausschreibung sein, und zu dieser ist die Gemeinde verpflichtet, wenn sie schlussendlich auch ergebnisoffen ist. Es kann nicht eine Ausschreibung für einen Titel erfolgen, der bereits existiert, sondern es kann nur eine generische Ausschreibung für ein Publikationsorgan der Gemeinde Binningen sein. Hier ist das einzig Wichtige, dass es exklusiv ist. Wenn der Binninger Anzeiger eine gute Eingabe macht in dieser Ausschreibung, dann gewinnt er sie ohne Probleme. Aber die Gemeinde ist dazu verpflichtet, dass die Ausschreibung ergebnisoffen ist. Daher ist die Prüfung – Wie kann der Binninger Anzeiger in seiner jetzigen Form die Reichweite steigern? – wahrscheinlich die falsche Frage und gehört auch nicht in diesen Kontext.

*Charlotte Marti, SVP* hat viel zugehört und dabei eigentlich gemerkt, dass alle Anwesenden den Binninger Anzeiger möchten. Sie sieht nicht ein, warum der Rat jetzt noch lange diskutiert und macht. Wir sind in Binningen. Wir haben das Privileg eines eigenen Binninger Anzeigers. Sie bittet die Ratsmitglieder sich zu überlegen, wer dies hat und wie stolz man eigentlich sein kann, dies zu haben. Die Rednerin hofft, dass es weitergeführt wird. Wenn noch etwas Luft nach oben ist beim Binninger Anzeiger, dann setzt man sich zusammen und schaut, wie man dies verbessern kann, damit es auch für Binningen stimmt. Sie findet das Organ super. Man kann seine Leserbriefe darin abdrucken lassen, seine Berichte schicken. Es wird gemacht und man weiss, was in Binningen läuft. Wenn sie den BiBo hat, schaut sie sich diesen auch an. Das ist klar. Aber die Votantin interessiert sich für Binningen und nicht dafür, was in Ettingen hinten ist. Da schaut sie möglicherweise nur kurz: Was machen die? Aber ihr Herz ist in Binningen und sie möchte einen Binninger Anzeiger und nichts Anderes.

*Felix Gerber, Mitte/GLP* hat nur noch eine Frage. Er hat nicht die Routine von Roman Oberli im Einreichen von Anträgen und Postulaten. Aber grundsätzlich ist das Ganze ja gar kein Postulat. Es heisst, es sei zu prüfen und zu berichten und dann kommt: «Der Ausschreibung eines eigenen Publikationsorgans exklusiv für die Gemeinde Binningen soll der Vorzug gegeben werden.». Das ist inkonsistent. Das ist kein Prüfungsantrag. Der Redner fühlt sich nicht so wohl, jetzt darüber abzustimmen. Klar, man kann es machen. Er weiss aber nicht, ob man dies nicht von Seiten der Postulanten nochmals überdenken und dann vielleicht nächstes Mal etwas beantragen oder einreichen möchte, das passender wäre.

#### ABSTIMMUNG

*Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP* weist darauf hin, dass es bereits 22 Uhr ist und noch eine dringliche Interpellation behandelt werden muss. Sie möchte nun zur Abstimmung kommen. Als erstes wird über den Antrag vom Roman Oberli abgestimmt. Er beantragt Ziffer zwei wie folgt abzuändern: «Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen und zu berichten, wie die Qualität des Binninger Anzeigers (weiter) angehoben und die Reichweite vergrössert werden kann.».

Antrag Oberli: 8 JA / 22 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 09)

://: Der Antrag wird abgelehnt.

Überweisung: 27 JA / 7 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 10)

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

**Traktandum 7**

**Nr. 24**

**Dringliche Interpellation S. Hauri, Grüne, und U. Hauri, Grüne: Pausenplatz Dorf**

*Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne* wird versuchen, sich spontan zu den einzelnen Fragen zu äussern. Sie hat die Interpellation heute Mittag erhalten und hofft auf das Verständnis der Anwesenden, dass sie vor allen die zwei Drittel der Fragen, die die Schulleitung betreffen, vielleicht nicht beantworten kann. Aber sie wird ihr Bestes versuchen.

1. *Wie stellt die Primarschule Dorf sicher, dass die Kinder während den Pausen und der Nachmittagsbetreuung den nötigen Raum haben, um sich zu bewegen und zu spielen?*

Die operative Umsetzung des Schulbetriebs obliegt der Schulleitung und die der Nachmittagsbetreuung der schulergänzenden Betreuung.

2. *Wurde die Kimi Krippe angefragt, ob ein Teil ihres wenig genutzten Freiraums zum Beispiel für die kleineren Primarschüler als Pausenplatz genutzt werden kann?*

Nein, die Kimi Krippe wurde nicht angefragt. Und zwar weil die Schulleitung gesagt hat, es stehe genügend Raum zur Verfügung für den Pausenplatz.

3. *Die Turnhalle soll laut Info als Pausenraum genutzt werden. Wird der Zugang mit Alltagskleidern gestattet, damit nicht die Hälfte der Pause fürs Umziehen genutzt werden muss und ist eine Aufsicht gewährleistet?*

Die operative Nutzung der Turnhalle ist auch Sache der Schulleitung. Es ist dem Gemeinderat nicht bekannt, wie die Aufsicht dort gewährleistet werden soll.

4. *Wird den Schüler\*Innen auch bei schlechtem Wetter der Aufenthalt auf dem Robispielplatz oder eben auf der Schutzmatte erlaubt, auch wenn dies eventuell einen grösseren Reinigungsaufwand für das Schulhaus bedeutet? Mit mehr Schmutz ist aufgrund der Umbauarbeiten sowieso zu rechnen.*

Die operativen Schulregeln des Spielbetriebs ist Sache der Schulleitung und nicht des Gemeinderats. Der Gemeinderat macht auch keine Reinigungspläne. Dies überlässt er den Profis.

5. *Kann der Dorfplatz vor der Migros den Kindern zur Verfügung gestellt werden und provisorisch eine Schaukel oder ein Klettergerüst aufgestellt werden?*

Ja, der Platz vor der Migros kann mitbenutzt werden. Der Hamburger wurde bereits gezügelt. Ein beliebtes Spielzeug, von dem man lernen durfte, dass es so fein poliert ist, weil die Schülerinnen und Schüler immer darauf herumgerutscht sind. Daher glänzt der Hamburger so. Eine weitere Installation von Spielgeräten ist nicht vorgesehen.

6. *Auf dem Schulwegplan, welchen die Eltern nach den Sommerferien erhalten haben, ist keine Baustellenzufahrt eingezeichnet. Wo fahren die Baustellenfahrzeuge durch und wie ist dort zu jeder Zeit die Sicherheit für die Schüler gewährleistet, damit sie weiterhin selbständig in die Schule kommen können, wie es die Schule auch ausdrücklich empfiehlt? Über welchen Zeitraum*

*wird die Baustellenzufahrt «gesperrt». Deckt die Sperrung sowohl die Einlaufzeit für die Primarschüler wie für die Kindergartenkinder ab. Primarschüler sind zwar älter, legen ihren Schulweg in der Regel aber selbständig zurück.*

Wie schon erwähnt wird sowohl bei der Baustelleneinfahrt wie auch bei der Ausfahrt ein Sicherheitsdienst eingerichtet werden. Dieser Sicherheitsdienst ist während der ganzen Bauzeit im Einsatz. Die Sperrzeiten richten sich nach den Hauptzeiten, in denen die meisten Kinder in die Schule bzw. auch wieder nach Hause gehen und waren ein fixer Bestandteil der Ausschreibung, die die Gemeinde gemacht hat. Auch das Bauunternehmen hat ein grosses Interesse an einem unfallfreien Betrieb. Die Votantin fügt noch an, dass nur für Kindergartenkinder eine Einlaufzeit gilt und nicht mehr auf der Primarstufe.

- 7. Ist der Pausenraum auf dem «Dorfplatz» auch während all der Pausen am Vor- und Nachmittag vor der Ausfahrt geschützt? Wieso erfolgt keine Sperrung für den Baustellenverkehr für den Unterricht am Nachmittag?*

Ja, der Baubereich wird strikt vom Pausenbereich getrennt, um die Sicherheit zu gewährleisten. Leider lässt sich ein Schulhaus nicht mit einem Zauberstab bauen. Irgendwann müssen die Unternehmen auch Anlieferungen vornehmen und Abtransporte durchführen. Diese können, auch den Anwohnenden zu liebe, nicht in der Nacht und auch nicht an Sonn- und Feiertagen erfolgen. Mit dem Sicherheitsdienst, dem manövrierfreien Logistikweg – die Lastwagen müssen nie retour fahren – und dem Wegfall des Individualverkehrs durch die Aufhebung der weiteren Parkplätze wird jedoch für eine maximal mögliche Sicherheit gesorgt.

- 8. Wenn keine Bewegungsmöglichkeiten in Schulhausnähe bestehen: wird dies durch z.B. wöchentliche Exkursionen oder ein mobiles Klassenzimmer ausgeglichen? Viele Lerninhalte lassen sich auch in einer anderen Umgebung als dem Schulzimmer vermitteln. Im Übrigen bieten sich vermehrte «auserschulische» Aktivitäten auch bei lärmintensiven Bauphasen an.*

Die operative Umsetzung des Schulbetriebs obliegt der Schulleitung und der Lernplan 21 wird selbstverständlich immer eingehalten.

- 9. Wurde die Elterngruppe Dorf als «Vertretung» der Eltern in die Lösungsfindung bzgl. Schulweg/ Pausensituation einbezogen und ist ein regelmässiger Erfahrungsaustausch während der Bauphase geplant?*

Die Elterngruppe ist ein informelles Element der Schule und nicht der Gemeinde. Ob hier ein Austausch stattgefunden hat, ist dem Gemeinderat nicht bekannt. Der Gemeinderat bevorzugt die Kommunikation mit den gewählten und offiziellen Organen, z.B. mit dem Primarschulrat.

- 10. Wer ist für die regelmässige Evaluation der Situation verantwortlich und an wen können sich betroffene Eltern wenden?*

Bezogen auf die Schule ist die erste Ansprechperson immer die Schulleitung. Alle Beteiligten erhalten rechtzeitig ein Informationsschreiben und je nach Themengebiet auch noch die dazugehörigen Kontaktdaten, wer für das Gebiet zuständig ist.

- 11. In der Antwort auf die Interpellation Nr. 168 von S. Hauri, Grüne Partei, vom 1.5.23 hat der Gemeinderat am 26.9.23 Vorschläge zur Verbesserung während der Bauzeit unterbreitet. Welche dieser Ideen oder neue Ideen wurden umgesetzt?*

Von den Vorschlägen wurde eine Box up installiert.

Abschliessend äussert die zuständige Gemeinderätin, die oberste Priorität des Gemeinderats sei die Sicherheit aller Beteiligten. Und zwar der Schülerinnen und Schülern, der Bauarbeitenden, der Lehrpersonen und der Passantinnen und Passanten. Das oberste Ziel ist es, das Schulhaus ohne Verletzungen irgendwelcher Art bauen zu können. Dafür setzen sich der Gemeinderat, die Verwaltung, die Schulleitung

und vor allen auch die Baufirmen unermüdlich ein. Was die Interpellanten für unterschiedliche, widersprüchliche Informationen erhalten haben, weiss die zuständige Gemeinderätin nicht. Das steht auch nicht in der Interpellation. Darauf kann sie keine Antwort geben. Sie hofft aber, dass sie die Fragen beantworten konnten, welche in der Kompetenz des Gemeinderats liegen.

Die Präsidentin fragt die Interpellanten, ob sie mit der Antwort zufrieden sind.

*Interpellant Urs Hauri, Grüne/EVP* bedankt sich für die Antworten der zuständigen Gemeinderätin. Es ist den Interpellanten bewusst, dass die Zeit relativ kurz war. Aber es ist halt wirklich so, dass vielleicht nicht für alle Beteiligten rechtzeitig kommuniziert wird. «Rechtzeitig» ist immer eine Frage. Wenn man einen Elternabend 1,5 Wochen vor den Ferien hat und das Thema mit keinem Wort angesprochen wird und man nachher fragen muss und von den Lehrerinnen und Lehrern ein Schulterzucken in Bezug auf Massnahmen erhält, dann ist schon fraglich, ob das rechtzeitig ist. Der Redner weiss, dass dies ein Thema der Schulleitung ist. Es geht vielleicht generell um eine Sensibilisierung. Es ist den Interpellanten klar, dass es ein Riesenprojekt ist. Es ist auch klar, dass die Schülerinnen und Schüler gewisse Abstriche machen müssen in dieser Zeit. Aber die Frage ist, wie viel man machen kann. Der Dorfplatz, er sagt ihm so, da er gotisch so angeschrieben ist. Eigentlich ist es jetzt ein Parkplatz, es ist aber der Dorfplatz. Wenn er vom Dorfplatz gesprochen hat, dann ist es dieser Dorfplatz und nicht der gesamte und der wird den Kindern zur Verfügung gestellt. Aber es ist auch eine Ausfahrt der Baustellenfahrzeuge. Das heisst, wenn man sich drei kleine Pausen oder eine grössere Pause und zwei kleine Pausen vorstellt und dort immer noch Verkehr hindurch fahren muss, ist die Frage, wieviel Platz es dann wirklich hat während des Betriebs. Der ganze Fussballplatz fällt weg, der riesig ist im Verhältnis zum Dorfplatz. Dann ist es einfach nicht eins zu eins ersetzt durch den Parkplatz, der aufgehoben wird. Es stellt sich schon die Frage, ob man die Schulleitung nicht nochmals dazu bringen kann, bei der Kimi Krippe anzufragen, ob der relativ wenig benutzte Freiraum dort, nicht zur Verfügung steht...

*Präsidentin Karin Müller, SP* unterbricht den Interpellanten und fragt ihn, ob er Diskussion wünscht.

*Interpellant Urs Hauri, Grüne/EVP* bejaht die Frage.

## ABSTIMMUNG

Diskussion: 32 JA / 2 NEIN (Abstimmung 10)

## BESCHLUSS

---

://: Diskussion wird beschlossen.

---

## DISKUSSION

*Interpellant Urs Hauri, Grüne/EVP* entschuldigt sich für den Fauxpas, dass er vorhin einfach angefangen hat zu sprechen. Es ist ein Thema, das die Eltern bewegt, deren Kinder in diese Schule gehen. Sie schauen auf der einen Seite auf die Sicherheit und auf der anderen Seite auf die möglichen Bewegungsmöglichkeiten. Dort erwarten viele etwas mehr. Es ist ihm klar, dass die Elterngruppe Dorf nicht wirklich der offizielle Ansprechpartner ist. Aber irgendwie die Eltern am Ort abzuholen, wo die Schüler betroffen sind, ist halt trotzdem naheliegender als den Primarschulrat, der irgendwo in der Gemeinde wohnt. Das ist ein anderes Thema. Tatsache ist einfach, dass von den vielen Rückmeldungen, sei es von der Elterngruppe, den Lehrer/innen oder sei es vielleicht auch von einem Teil der Schulleitung im Prinzip nicht so viel klar war. Die Interpellanten hoffen, dass im Verlauf der nächsten Wochen Gewisses noch einmal überdenkt wird.

Was die Interpellation von Sirin Hauri betrifft bzgl. mehr Spielzeug auf dem Dorfplatz stellt der Votant fest, dass von den vielen vorgeschlagenen Sachen die Kukux Box aufgestellt wurde. Er weiss nicht, ob die Anwesenden es schon gesehen haben. Es ist ein Böxli, das auch nicht wirklich für die Kinder zum Nehmen ist. Wenn er es richtig verstanden hat, braucht man dafür ein Natel. Das ersetzt keine Boulderwand, die es jetzt noch für kurze Zeit hat, oder vielleicht eine Street Soccer Anlage oder ähnliches. Die Interpellanten würden sich erhoffen, dass die Gemeinde zusammen mit der Schule nochmals einen Anlauf nimmt, um den Kindern etwas zu bieten, damit sie sich vernünftig bewegen können. Es ist ihm klar, dass die Sicherheit Vorrang hat. Aber vielleicht gibt es Lösungen z.B. mit dem Einbezug der Kimi Krippe. Und dass man vielleicht auch einmal ein Auge zudrückt, das muss man seines Erachtens von Seiten Gemeinderat mit der Schulleitung besprechen, in Sachen Dreck, den es geben wird. Es ist Herbst. Es wird Winter. Wenn die Kinder auf den Robispielplatz gehen, sind sie dreckig, wenn sie zurückkommen. Das ist relativ offensichtlich. Hier hat er auch schon Hinweise gehört, dass die Kinder bei Regen nicht auf den Robi gehen dürfen.

*Gaida Löhr, SP* ist es nun doch ein Anliegen, dies ein wenig zu unterstützen. Heikel ist der Pausenplatz Dorf nicht nur während der Baustelle, das ist schon jetzt der Fall. Die Gemeinde hat jetzt dienstvollerweise rote Streifen gemalt, wo die Velos sein sollen. Das ändert aber nichts an der Situation, dass die Velos dort schnell durchfahren und die Kinder dort schnell durchrennen. Das Schulhaus hat einmal reagiert, indem es versucht hat den Pausenplatz zu schützen und die Velos davon abzuhalten über den Pausenplatz zu fahren. Es gibt ein hängiges Postulat der Grünen, welches den Veloweg anders gestalten will. Das wird wahrscheinlich in nächster Zeit nicht stattfinden, also erscheint ihr der Inhalt der vorliegenden Interpellation sehr wichtig. Dass man hier wirklich versucht zu trennen und für die Schulkinder zusätzlichen Platz zu suchen, wo sie nicht in diesem Verkehr von Velos und Baufahrzeugen stecken.

*Jonas Lüthi-La Roche, FDP* findet das Votum seiner Vorrednerin sehr richtig. Vor einer Stunde wurde über die Sicherheit der Gemeindemitarbeitenden gesprochen. Arbeitsschutz etc., dass die würdig arbeiten können. Bei den schwächsten und jüngsten Bewohnern von Binningen gibt es eine Baustelle. Sie haben Minimum den gleichen Schutz zu Gute. Arbeitnehmer halten sich nach SUVA-Richtlinien an die Arbeitssicherheit. Kinder lernen erst, wie sie sich im Verkehr bewegen müssen. Mit dem roten Velostreifen gefährdet man die Kinder nach Ansicht des Redners automatisch schon, wenn sie nur einen Schritt aus dem Schulhaus machen. Es suggeriert den Velofahrenden, dass sie Vortritt haben. Es ist wie eine Velo-Autobahn, wo E-Biker, nicht unbedingt in Binningen ansässig, einfach durchflitzen und die Kinder müssen dort schon aufpassen. Er ist der Ansicht, man sollte schauen, dass die Kinder wohl behütet in der Pause sein können, ohne dass irgendetwas passiert.

*Interpellantin Sirin Hauri, Grüne/EVP* dankt der zuständigen Gemeinderätin für die Ausführungen. Der kurzfristige Angriff, sozusagen, tut ihr ebenfalls leid. Die Rednerin ist sehr froh, dass während der ganzen Zeit jemand dort sein wird, der den Verkehr regelt. Das ist eine der Informationen, die die Interpellanten ganz anders gehört haben. Dass nämlich nur während zwei Stunden am Morgen jemand dort sein wird, der den Verkehr regelt. Dies ist eine ganz andere Sache und sicher sehr wichtig. Es ist ihr klar, dass einige der Aussagen eher ins Operative gehen. Sie wäre einfach froh, wenn man, sollte die Schulleitung sagen, es brauche mehr Platz, versuchen würde, diesen zur Verfügung zu stellen. Das wäre dann wieder eine Aufgabe der Gemeinde oder der Politik, dass man dort halt nochmals im Nachhinein dahinter geht. Und auch wenn die Schule sagt, sie brauche etwas mehr Geld, um das Schulhaus öfters zu putzen, dass man dies vielleicht auch unterstützen würde. Hier wäre dann der Aufgabenteil der Anwesenden. Dass der Platz vor der Migros für den Pausenplatz zur Verfügung steht, hat die Votantin auf dem Plan nicht so gesehen. Der ist, soweit sie sich erinnern mag, etwas anders markiert, aber das findet sie sehr gut. Auch der Hamburger und heute wurden noch weitere Sachen gezügelt wie Bänkli usw. Es ist klar, man kann nicht immer alles haben. Die Sicherheit ist sicher sehr wichtig und die Bewegung ist halt auch wichtig über die lange Zeit. Was sie noch ergänzen wollte hinsichtlich der Aussage, die Schule sei nicht den ganzen Tag zuständig: Gewisse Kinder sind auch am Mittagstisch und für sie war es wirklich

super toll, dass sie sich auf diesem grossen Pausenplatz so viel bewegen konnten. Sie waren fast immer draussen. Wie dies dann mit dem ganzen Lärm sein wird, das wird vielleicht schon etwas anders.

*Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne* möchte noch ein paar der aufgeworfenen Fragen, die zusätzlich gekommen sind, beantworten. Dass die Lehrpersonen nur mit Schulterzucken reagiert haben, weiss sie nicht. Die Schulleitung informiert die Lehrpersonen und die Schulleitung sollte den Lehrpersonen auch sagen, was sie kommunizieren müssen. Sie werden nämlich regelmässig informiert. Die Schulleitung weiss ganz genau, wie der Ablauf ist und erhält auch regelmässig Newsletters. Die Votantin weiss nicht, was dort gelaufen ist. Die Schulleitung solle nochmals beim Kimi nachfragen. Der Gemeinderat hat der Schulleitung gar nichts zu sagen. Er ist nicht vorgesetzte Behörde, das wäre der Primarschulrat. Sie kann also keine Weisung geben. Die ganze Baustellenplanung wurde zusammen mit der Schulleitung gemacht, auch der Pausenplatz. Man hat die Schulleitung gefragt, wie viel Platz die Schule braucht und das, was zur Verfügung gestellt wurde, hat die Schulleitung abgesegnet. Daher versteht die Gemeinderätin nicht, wenn Lehrpersonen hier irgendetwas anderes sagen. Selbstverständlich gehören die Kinder geschützt. Das ist auch die oberste Priorität während dieser ganzen Bauzeit. Daher ist auch die ganze Baustelle eingeschalt mit einer hohen Mauer aus Schalbrettern. Auf persönlichen Wunsch der Rednerin gibt es in der Mauer noch Gucklöcher, damit die Kinder während der Pause die Baustelle beobachten können. Denn Erfahrungen von anderen Schulhäusern, die ebenfalls eine Baustelle auf dem Pausenplatz hatten, haben gezeigt, dass während der Pause viele Kinder zugeschaut haben, wie gebaut wurde.

Sie ist einverstanden, die Kinder brauchen selbstverständlich den höchsten Schutz. Das entspricht auch dem Verständnis des Gemeinderats, als er dies alles geplant hat. Die Lehrpersonen haben gesagt, die Securitas sei nicht immer da. Sie wollten nicht mehr Platz und das Putzen ist auch kein Thema. Wenn Kinder spielen wird es dreckig. Auch in einem Schulhaus wird es dreckig, wenn die Kinder in Rabatten stehen. Sie versteht es wirklich nicht. Dann gibt es halt Dreck und man muss mehr putzen. Ja, das gehört dann halt dazu. Aber es ist nicht ihre Aufgabe als Gemeinderätin, den Putzplan dieser Schulhäuser zu machen. Wenn die Schulleitung sagt, die Turnhalle stehe zur Verfügung, dann dürfen die Kinder dort rein. Egal, wenn es Dreck macht. Wie schon gesagt: Für den Gemeinderat stand die Sicherheit an oberster Stelle und sie glaubt, es wurde gut gelöst, indem man nun eine Ein- und eine Ausfahrt hat. Viele Unfälle passieren, wenn Lastwagen retour fahren. Die Votantin hofft, dass man damit eine der grössten Gefahrenquellen ausschalten konnte, indem man alle Lastwagen vorwärtsfahren lässt und die Ausfahrten immer durch Securitas besetzt sind.

*Felix Gerber, Grüne/EVP* erscheint die ganze Diskussion nicht sehr konstruktiv und das ist eigentlich schade. Zu Beginn der Legislatur hat Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi die Ratsmitglieder aufgerufen, konstruktiv zusammenzuarbeiten. Es ist eine Interpellation aus der eigenen Partei. Die Antworten, die kommen... Die zuständige Gemeinderätin kann vielleicht nicht direkt Weisungen geben und es ist auch richtig, dem Rat dies mitzuteilen. Vielleicht verstehen es die Anwesenden nicht. Aber es gibt auch viele Sachen, bei denen man ausserhalb von direkten Anweisungen ein Zeichen geben kann, dass man diese Fragen oder Anliegen aus der Bevölkerung, die via Einwohnerrat an den Gemeinderat getragen werden nach allen Möglichkeiten versucht aufzunehmen, um das Bestmögliche zu erreichen. Vielleicht für alle auch für die Zukunft: Wenn es Sachen gibt, die die Anwesenden bewegen, dass man vielleicht zusammen überlegt. Das waren gute Fragen, die offensichtlich von vielen Personen geteilt wurden und dass man sich nicht darauf konzentriert, was man nicht machen kann, sondern was man machen kann. Der Redner fände es schön, wenn ein paar der Anregungen ausserhalb von direkten Weisungsbefugnissen umgesetzt werden könnten.

*Kevin Lancashire, FDP* möchte sich kurz als neuer Schulratspräsident zum Thema äussern. Er hat sich heute drei Stunden mit einem Vertreter der Schulleitung resp. dem Rektor hingesetzt. Sie kamen unabhängig vom vorliegenden Vorstoss auf das Thema zu sprechen. Bei den Bewegungsspielräumen werden keine grossen Probleme verortet. Er hat den Eindruck, hier sei die Schulleitung durchaus in der Lage,

gute Lösungen zu finden. Sie haben das operativ wirklich im Griff, da hat er höchstes Vertrauen. Die Sicherheitsthematik können sie ehrlicherweise schlichtweg nicht beurteilen, wie der Votant dies auch nicht kann. Seine Tochter ist auch viel auf dem Platz. Wenn dort Lastwagen rein- und rausfahren, das sieht man auch bei Baustellen im Neusatz, das wird ein Flaschenhals. Ob sie rückwärtsfahren oder nicht, das ist schon ein wesentlicher Punkt, besser wäre es noch Kameras zu haben. Aber es wird dort einen Flaschenhals geben. Die Schulleitung kann nichts zur Sicherheit beitragen. Hier muss man sich auf die Sicherheitsexperten verlassen, die hoffentlich ein kleines Konzept haben. Das eine ist, dass Leute hin stehen und kontrollieren, wer rein- und rausfährt. Aber es wird ein riesiges Theater geben. Damit muss man sich vermutlich einfach abfinden. Wir wollen den Campus. Der Redner fallen auch keine anderen Lösungen ein. Eine Holzbrücke beim Fussgängerstreifen wäre eine originelle Lösung. Aber die hätte auch wieder grosse Nachteile. Dann kämen die Lastwagen nicht durch. Einfach als kurzes Votum von seiner Seite. Er als Präsident des Primarschulrats, der Schulrat, die Schulleitung und die delegierte Gemeinderätin sind im ständigen Austausch und nehmen die Rückmeldungen der Bevölkerung sehr ernst.

*Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne* betont nochmals, es sei dem Gemeinderat bewusst, dass es eine Operation am offenen Herzen ist. Er nimmt die Anliegen ernst und geht auf die Sachen ein. Der Gemeinderat hat ein Sicherheitskonzept und hat die Sachen im Auge. Was man nun noch brauchen kann ist Unterstützung und vielleicht auch ein paar Gebete, dass man wirklich ohne Unfall durch die ganze Bauzeit hindurch kommt und dass man als Ziel vor Augen hat, anschliessend ein neues Schulhaus zu haben. Ohne Baustelle geht dies in Gottesnamen nicht.

## BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

---

## Traktandum 8

---

### Diversa

*Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP* möchte an dieser Stelle noch zur Verabschiedung von Isabelle Amacker kommen, die den Rat aus beruflichen Gründen leider bereits wieder verlässt. Sie zieht nach Luzern an den schönen Vierwaldstättersee, weil sie dort eine Stelle gefunden hat, die für sie perfekt ist. Isabelle Amacker war seit dem 1. Januar 2023 Mitglied des Primarschulrats und seit dem 1. Juli 2024 im Einwohnerrat. Die Präsidentin dankt Isabelle Amacker ganz herzlich für ihr Engagement für die Gemeinde Binningen. Leider war die Zeit im Einwohnerrat zu kurz, als dass sie sich voll hätte entfalten können. Die Anwesenden hätten gerne mehr von ihr gehört. Aber sie ist noch jung und möglicherweise führt sie ihr Weg auch wieder einmal zurück nach Binningen. Egal wohin der Weg sie führt, die Votantin wünscht Isabelle Amacker im Namen des Einwohnerrats alles Gute und viel Erfolg in Luzern. *[Applaus]*

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schliesst die Präsidentin die Sitzung um 22.30 Uhr und wünscht schöne Herbstferien.

ER-Sitzung vom 23. September 2024

|              |                |          | Gesch. Nr. 23                     | Gesch. Nr. 24                           | Gesch. Nr. 15      |                                     |                                            | Gesch. Nr. 16                        |                                                                               | Gesch. Nr. 199/XIII      | Gesch. Nr. 23                                            |                         | Gesch. Nr. 24 |
|--------------|----------------|----------|-----------------------------------|-----------------------------------------|--------------------|-------------------------------------|--------------------------------------------|--------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------|--------------------------|----------------------------------------------------------|-------------------------|---------------|
|              |                |          | 01                                | 02                                      | 03                 | 04                                  | 05                                         | 06                                   | 07                                                                            | 08                       | 09                                                       | 10                      | 11            |
| Nr.          | Name           | Fraktion | Dringliche Behandlung<br>Postulat | Dringliche Behandlung<br>Interpellation | Überweisung in BPK | Bewilligung der<br>Planungskrediten | Rückzug des Geschäfts<br>durch Gemeinderat | Zustimmung zur<br>Gemeindeinitiative | Ermächtigung<br>Gemeinderat, Initiative<br>notwendigenfalls<br>zurückzuziehen | Abschreibung<br>Postulat | Antrag Oberli:<br>Anpassung von Punkt 2<br>des Postulats | Überweisung<br>Postulat | Diskussion    |
| 1            | Bertschi       | EVP      | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Nein                                 | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 2            | Glaser A.      | Grüne    | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 3            | Glaser K.      | Grüne    | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 4            | Hauri S.       | Grüne    | Ja                                | Ja                                      | Enthaltung         | Ja                                  | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 5            | Hauri U.       | Grüne    | Ja                                | Ja                                      | Enthaltung         | Ja                                  | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 6            | Schwarb        | Grüne    | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Enthaltung                          | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 7            | Bräunlich      | SP       | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Ja                       | Ja                                                       | Ja                      | Ja            |
| 8            | Büchelin       | SP       | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Ja                       | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 9            | De Fregias     | SP       | Nein                              | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Nein                                 | Ja                                                                            | Ja                       | Nein                                                     | Nein                    | Ja            |
| 10           | Ipek-Avvisati  | SP       | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Enthaltung                           | Ja                                                                            | Ja                       | Enthaltung                                               | Enthaltung              | Ja            |
| 11           | Lempert        | SP       | Nein                              | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Nein                                 | Ja                                                                            | Ja                       | Enthaltung                                               | Nein                    | Ja            |
| 12           | Löhr           | SP       | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Not voted                           | Ja                                         | Nein                                 | Ja                                                                            | Ja                       | Ja                                                       | Ja                      | Nein          |
| 13           | Müller         | SP       | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Enthaltung                           | Ja                                                                            | Ja                       | Enthaltung                                               | Ja                      | Ja            |
| 14           | Noack          | SP       | Not voted                         | Not voted                               | Not voted          | Not voted                           | Not voted                                  | Not voted                            | Not voted                                                                     | Not voted                | Not voted                                                | Not voted               | Not voted     |
| 15           | Schellenberg   | SP       | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Enthaltung                           | Ja                                                                            | Ja                       | Enthaltung                                               | Ja                      | Ja            |
| 16           | Amacker I.     | Mitte    | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Nein                                 | Ja                                                                            | Ja                       | Nein                                                     | Nein                    | Nein          |
| 17           | Amacker R.     | Mitte    | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Nein                                 | Ja                                                                            | Ja                       | Nein                                                     | Nein                    | Ja            |
| 18           | Eldridge       | GLP      | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Nein                                 | Ja                                                                            | Ja                       | Ja                                                       | Nein                    | Ja            |
| 19           | Gerber         | GLP      | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Nein                                 | Ja                                                                            | Ja                       | Not voted                                                | Nein                    | Ja            |
| 20           | Jegge          | Mitte    | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Ja                       | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 21           | Kamber         | GLP      | Not voted                         | Ja                                      | Nein               | Ja                                  | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Ja                       | Nein                                                     | Ja                      | Not voted     |
| 22           | Röschli        | Mitte    | Ja                                | Ja                                      | Nein               | Not voted                           | Ja                                         | Nein                                 | Ja                                                                            | Ja                       | Nein                                                     | Nein                    | Ja            |
| 23           | Behrends       | FDP      | Not voted                         | Not voted                               | Not voted          | Not voted                           | Not voted                                  | Not voted                            | Not voted                                                                     | Not voted                | Not voted                                                | Not voted               | Not voted     |
| 24           | Frauchiger     | FDP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 25           | Giani          | FDP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 26           | Haefele        | FDP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 27           | Kaiser         | FDP      | Not voted                         | Not voted                               | Not voted          | Not voted                           | Not voted                                  | Not voted                            | Not voted                                                                     | Not voted                | Not voted                                                | Not voted               | Not voted     |
| 28           | Lancashire     | FDP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 29           | Lüthi-La Roche | FDP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 30           | Maier          | FDP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 31           | Schori         | FDP      | Ja                                | Ja                                      | Enthaltung         | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 32           | Setz           | FDP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 33           | Treuthardt     | FDP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Nein                                                     | Ja                      | Ja            |
| 34           | Kremo          | SVP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Ja                                                       | Ja                      | Ja            |
| 35           | Marti          | SVP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Ja                                                       | Ja                      | Ja            |
| 36           | Oberli         | SVP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Ja                                                       | Ja                      | Ja            |
| 37           | Schmid Fabini  | SVP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Ja                                                       | Ja                      | Ja            |
| 38           | Siegel         | SVP      | Not voted                         | Not voted                               | Not voted          | Not voted                           | Not voted                                  | Not voted                            | Not voted                                                                     | Not voted                | Not voted                                                | Not voted               | Not voted     |
| 39           | Steffen        | SVP      | Ja                                | Ja                                      | Ja                 | Nein                                | Ja                                         | Ja                                   | Ja                                                                            | Nein                     | Ja                                                       | Ja                      | Ja            |
| 40           | Widmer         | SVP      | Not voted                         | Not voted                               | Not voted          | Not voted                           | Not voted                                  | Not voted                            | Not voted                                                                     | Not voted                | Not voted                                                | Not voted               | Not voted     |
| TOTAL        |                |          |                                   |                                         |                    |                                     |                                            |                                      |                                                                               |                          |                                                          |                         |               |
| Ja           |                |          | 32                                | 35                                      | 14                 | 18                                  | 35                                         | 23                                   | 35                                                                            | 15                       | 8                                                        | 27                      | 32            |
| Nein         |                |          | 2                                 | 0                                       | 18                 | 14                                  | 0                                          | 9                                    | 0                                                                             | 20                       | 22                                                       | 7                       | 2             |
| Enthaltungen |                |          | 0                                 | 0                                       | 3                  | 1                                   | 0                                          | 3                                    | 0                                                                             | 0                        | 4                                                        | 1                       | 0             |
|              |                |          | 34                                | 35                                      | 35                 | 33                                  | 35                                         | 35                                   | 35                                                                            | 35                       | 34                                                       | 35                      | 34            |